

A1 Geschäftsordnung der UBDK 2022

Antragsteller*in: JUBV
Tagesordnungspunkt: TOP 2.3 Beschlussfassung über die
Geschäftsordnung

Weiterleitung an: UBDK 2022

Antragstext

1 § 1 Beschlussmehrheit

2 Die Beschlüsse der Unterbezirksdelegiertenkonferenz (UBDK) werden mit einfacher
3 Mehrheit über das zur Verfügung gestellte Abstimmungstool gefasst, soweit die
4 Satzung nichts anderes vorsieht.

5 § 2 Mehrheitsfindung

6 Für die Mehrheitsfindung ist die von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
7 (MPZK) festgestellte Anzahl der stimmberechtigten Anwesenden im Online-
8 Abstimmungstool maßgebend. Anwesend meint nicht die Anwesenheit in Präsenz.

9 § 3 Ersatzdelegierte

10 Ersatzdelegierte können während der gesamten Dauer der Konferenz das Stimmrecht
11 von Delegierten übernehmen. Die Delegationsleitung des jeweiligen Stadtbezirks
12 muss an die MPZK mitteilen, welche*er Delegierte*r die Konferenz verlässt und
13 wer als Ersatzdelegierte*er nachfolgen soll. Der*die entsprechende Delegierte
14 wird dann als stimmberechtigte Person geblockt und der*die Ersatzdelegierte
15 stimmberechtigt. Der Wechsel kann jederzeit rückgängig gemacht werden. Dies muss
16 jedoch erneut durch die Delegationsleitung angezeigt werden. Wird kein erneuter
17 Wechsel angezeigt bleiben Ersatzdelegierte bis zum Ende der Konferenz oder bei
18 einer mehrtägigen UBDK bis zum Ende des jeweiligen Konferenztages
19 stimmberechtigt. Bei einer mehrtägigen UBDK ist die Nachnominierung von
20 Delegierten am jeweiligen Konferenztag erneut vorzunehmen.

21 § 4 Redezeit

22 Jedem*Jeder Teilnehmer*in steht eine Redezeit von zwei Mal drei Minuten je
23 Diskussionspunkt zu. Wortmeldungen werden elektronisch beim Tagespräsidium
24 eingereicht. Für den politischen Rechenschaftsbericht beträgt die Redezeit 10
25 Minuten. Für den geschäftlichen Rechenschaftsbericht 5 Minuten. Für die
26 Einbringung von Anträgen und des Arbeitsprogramms beträgt die Redezeit 3
27 Minuten.

28 § 5 Kandidierendenvorstellung

29 Kandidierende können sich vor den Wahlen vorstellen. Bei der Vorstellung der
30 Kandidaturen zum geschäftsführenden Vorstand steht dazu eine Redezeit von fünf
31 Minuten, bei der Vorstellung der Kandidaturen für den Beisitz eine Redezeit von
32 drei Minuten zur Verfügung.

33 § 6 Digitale Abstimmungen und Wahlen

34 Die Abstimmungen und Wahlen finden über das vom Juso-Unterbezirksvorstand zur
35 Verfügung gestellte Abstimmungstool statt. Abstimmungen sind grundsätzlich
36 öffentlich. Die geheimen Wahlen zum Vorstand finden zunächst nicht verbindlich
37 digital statt und werden anschließend durch eine rechtlich verbindliche
38 Briefwahl bestätigt.

39 § 7 Redeliste

40 Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren geführt: Getrennt nach Männern und
41 Frauen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das
42 Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Mann und eine Frau bzw. umgekehrt
43 (Reißverschlussprinzip). Es wird laufend nachquotiert, d.h. Vertreter*innen
44 beider Geschlechter werden im Reißverschlussprinzip auf die Redeliste
45 aufgenommen. Steht eines der Geschlechter nicht mehr auf der Redeliste, ist die
46 Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei weitere Vertreter*innen des
47 noch auf der Redeliste stehenden Geschlechts geöffnet werden. Dies kann nur zwei
48 Mal geschehen. Sobald sich wieder Vertreter*innen des anderen Geschlechts
49 melden, wird nachquotiert.

50 § 8 Awareness Team

51 1. Die Konferenz wählt per Akklamation ein Awareness Team aus drei Personen, dem
52 mindestens je eine männliche und eine weibliche Person angehört. Das Team soll
53 nach Möglichkeit nicht aus Delegierten, Vorstandsmitgliedern oder solchen
54 Personen bestehen, die auf der Konferenz ein Organ besetzen oder für eine Wahl
55 kandidieren. Der Vorstand kann Personen als Teammitglieder vorschlagen. Verlässt
56 ein Mitglied die Konferenz frühzeitig, so endet seine Teammitgliedschaft. Eine
57 Nachwahl kann stattfinden.

58 2. Das Team kann ein sofortiges Rederecht und eine kurze Unterbrechung der
59 Konferenz in Absprache mit dem Präsidium einfordern, wenn eine
60 Grenzüberschreitung jedweder Art, insbesondere eine Diskriminierung,
61 stattfindet, ein respektvoller Umgangston nicht gepflegt wird oder eine Debatte
62 emotional eskaliert. Die Einschätzungen und Maßnahmen des Teams sind
63 unanfechtbar. Zu Reden des Teams findet keine Aussprache statt.

64 3. Jede*r kann sich während der gesamten Konferenz diskret an das Team wenden,
65 um auf eine Situation nach Absatz 2 Satz 1 hinzuweisen. Um die Diskretion zu
66 wahren, wird dem Team ein geeigneter (digitaler) Rückzugsraum geboten. Ist die
67 von einer Grenzüberschreitung betroffene Person einverstanden, so kann das Team
68 auch unter Preisgabe ihrer Identität Vermittlungsgespräche, in einem
69 entsprechenden digitalen Raum, mit der grenzüberschreitenden Person führen.

70 § 9 Initiativanträge

71 Anträge, die erst während der Konferenz gestellt werden („Initiativanträge“),
72 können nur berücksichtigt werden, wenn die darin behandelten politischen Fragen
73 unerwartet und zum Antragsschluss (28.01.2022) noch nicht aktuell waren. Sie
74 bedürfen außerdem der nachgewiesenen Unterstützung von mindestens 20
75 stimmberechtigten Anwesenden aus mindestens drei Stadtbezirken. Dies muss von
76 den Unterstützer*innen einzeln dem Präsidium mitgeteilt werden. Antragsschluss
77 für diese Anträge ist Samstag, der 12.02.2022 um 13.00 Uhr.

78 § 10 Änderungsanträge

79 Änderungsanträge müssen elektronisch über Antragsgrün eingereicht werden. Über
80 Änderungsanträge während der Konferenz muss das Präsidium vorab informiert
81 werden. Eine verbale Einreichung ist nicht ausreichend.

82 § 11 Frist für Kandidaturen

83 Alle Kandidaturen zu Wahlen sind beim Tagespräsidium bis Samstag, den 12.01.2022
84 10:30 Uhr über Antragsgrün einzureichen.

85 § 12 Beschluss der Geschäftsordnung

86 Abstimmungen über die Geschäftsordnung erfolgen, wenn keine Gegenrede erfolgt,
87 sofort. Bei Gegenrede nachdem jeweils ein*e Redner*in für und gegen den Antrag
88 gesprochen haben.

89 § 13 Persönliche Erklärungen

90 Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zu einem
91 Tagesordnungspunkt zulässig und sind dem Präsidium elektronisch anzuzeigen. Die
92 Redezeit beträgt zwei Minuten. Zu persönlichen Erklärungen findet keine
93 Aussprache statt und sie wird nicht kommentiert.

94 § 14 Antragsreihenfolge

95 Die Antragsreihenfolge bestimmt sich durch die Priorisierungswünsche der
96 Delegierten, die im Vorfeld der Konferenz abzugeben sind. Jede*r Delegierte*r
97 hat im Rahmen der Antragspriorisierung drei Stimmen. Eine Kumulation von Stimmen
98 ist nicht zulässig und führt zur Ungültigkeit aller von einer*einem Delegierten
99 abgegebenen Stimmen. In begründeten Ausnahmen können einzelne Anträge auch
100 seitens des JUBV oder auf Vorschlag der Antragskommission priorisiert werden.
101 Satzungsändernde Anträge werden vor allen anderen Anträgen behandelt.

102 § 15 Konferenzende

103 Die Konferenz endet spätestens am Sonntag, den 13.02.2022 um 16.00 Uhr. Bis
104 dahin nicht behandelte Anträge werden an den Juso-Unterbezirksvorstand
105 überwiesen.

106 § 16 Briefwahl

107 Die Vorstandswahlen und Wahlen der Delegationen werden im Anschluss an die
108 Konferenz durch eine Briefwahl bestätigt. Die Briefwahlunterlagen werden nach
109 der Konferenz ausschließlich an die gewählten Delegierten postalisch versendet.
110 Ersatzdelegierte sind nicht stimmberechtigt. Die Unterlagen müssen postalisch an
111 das Parteihaus zurückgesendet werden und dort bis zum 26.02. ankommen. Hierfür
112 wird ein vorfrankierter Brief zur Verfügung gestellt. Die Auszählung findet dann
113 in den folgenden 7 Tagen statt und wird von der MPZK durchgeführt. Im Anschluss
114 wird das Ergebnis auf der Website und Social Media veröffentlicht, sowie per
115 Mail an alle Mitglieder versendet.

116 § 17 Protokoll

117 Nach Schließung der UBDK muss die Urschrift des Protokolls ausgedruckt und von
118 der verfassenden Person des Präsidiums unterschrieben werden. Das Protokoll ist
119 spätestens drei Werktage nach Verkündung des Briefwahlergebnisses beim JUBV
120 einzureichen.

A2 Tiere im Essen - Verbraucher:innenschutz stärken

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Unterbezirksparteitag der KölnSPD,
Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

1 Immer mehr Menschen in Deutschland ernähren sich vegetarisch oder vegan. Darüber
2 hinaus gibt es viele Menschen, die wegen religiöser oder anderer
3 weltanschaulicher Gründe bestimmte Tierarten nicht essen. Bei vielen
4 Lebensmitteln ist jedoch nicht klar erkennbar, ob sie tierische Bestandteile
5 oder Erzeugnisse enthalten.

6 Einerseits können einige Inhaltsstoffe sowohl pflanzlichen als auch tierischen
7 Ursprungs sein. Andererseits werden bei vielen auf den ersten Blick
8 vegetarischen bzw. veganen Produkten Stoffe tierischen Ursprungs als
9 Verarbeitungshilfen bei der Herstellung eingesetzt. Aufgrund der aktuellen
10 Rechtslage muss beides allerdings nicht auf der Verpackung der entsprechenden
11 Lebensmittel deklariert werden, weshalb der tierische Ursprung häufig nicht klar
12 zu erkennen ist.

13 Dies führt dazu, dass Verbraucher:innen allein gelassen werden. Sie sind auf die
14 Labels verschiedener Initiativen, auf aufwändige Recherchen und freiwillige
15 Informationen der Hersteller:innen angewiesen. Diese Hersteller:innen sollen
16 daher zu Transparenz darüber verpflichtet werden, was in ihren Produkten steckt
17 und Verbraucher:innen muss es einfacher gemacht werden, sich über den Inhalt der
18 Lebensmittel zu informieren und ihre bevorzugte Ernährungsform umzusetzen.

19 Deshalb fordern wir verpflichtend für die Verpackungen von jeglichen
20 Lebensmitteln:

- 21 • Die Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe und Zutaten tierischen Ursprungs im
22 Zutatenverzeichnis,

- 23 • die Auflistung aller Hilfs- und Verarbeitungsstoffe, die bei der
24 Produktion eingesetzt wurden,

- 25 • die Aufschlüsselungen in Tierbestandteile (aus toten Tieren gewonnen, d.h.
26 weder vegetarisch noch vegan) und Tiererzeugnisse (von lebenden Tieren
27 erzeugt, d.h. vegetarisch),

- 28 • die klare Benennung der Tierart, von oder aus der die jeweiligen
29 Inhaltsstoffe und Zutaten gewonnen wurden.

- 30 • die Einföhrund von Piktogrammen um auch Menschen mit sprachlichen
31 Barrieren zu inkludieren

Begründung

Laut des Ernährungsreports des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) von 2021 ernähren sich 10% der Menschen in Deutschland vegetarisch und 2% vegan; dies stelle jeweils eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr dar. Besonders junge Menschen ernähren sich laut BMEL vegetarisch/vegan und/oder kaufen vegetarische/vegane Alternativprodukte. Man kann in den nächsten Jahren davon ausgehen, dass diese Zahl weiter ansteigt. Um es allen Menschen zu ermöglichen, dass sie nachvollziehen können, woraus ihre Lebensmittel bestehen, bedarf es möglichst niedrigschwelliger Informationen. Diese müssen für alle verständlich sein, auf der Verpackung aller Produkte. Einkaufen darf keine Wissenschaft sein und Informationen über Lebensmittel kein Privileg.

Verbraucher:innen sind dabei derzeit noch auf eine freiwillige Information durch Hersteller:innen oder auf eine Vielzahl von Labels angewiesen. Einige davon werden von den Hersteller:innen selbst unter Verwendung eigener Kriterien vergeben. Das bekannteste Label für vegetarische und vegane Produkte ist das V-Label, dessen Lizenz durch die V-Label GmbH an die Hersteller:innen unter der Erfüllung verschiedener Auflagen und unter regelmäßiger Kontrolle vergeben wird. Verbraucher:innen sind also von privaten Initiativen und der Freiwilligkeit der Hersteller:innen abhängig.

Beispiele von versteckten Tierbestandteilen in Lebensmitteln und in der Lebensmittelproduktion:

- Ein viel verwendeter roter Farbstoff natürlichen Ursprungs ist „echtes Karmin“ (E120), das aus weiblichen Schildläusen gewonnen wird.
 - Beispiellebensmittel mit echtem Karmin: Müllermilch KiBa-Geschmack, M&M's, Orangina Rouge Bulby sowie viele weitere rote Lebensmittel wie Fruchtaufstriche, alkoholische Getränke und andere Limonaden.

- Bei der Herstellung vieler Fruchtsäfte und in der Weinherstellung werden Gelatine oder - gerade in der Weinproduktion - Schwimmblasen von Fischen zur Klärung eingesetzt; auf der Verpackung muss dies nicht stehen.
- Bei der Herstellung der meisten Käse wird Lab oder mikrobielles Lab eingesetzt. Während "mikrobielles Lab" aus Schimmelpilzkulturen gewonnen wird und damit vegetarisch ist, wird Lab meist aus den Mägen von Kälbern, aber auch aus den Mägen von Ziegen oder Schafen gewonnen. Viele Käse sind also - entgegen der Auffassung vieler - keine vegetarischen Produkte.

Quellen:

<https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport-ueberblick.html>

<https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittel-kennzeichnung/pflichtangaben/lebensmittelkennzeichnung-wichtigsten-vorgaben-lmiv.html#doc17578bodyText3>

<https://www.v-label.eu/de/faq>

<https://www.foodwatch.org/de/informieren/versteckte-tiere/>

<https://www.foodwatch.org/de/informieren/versteckte-tiere/mehr-zum-thema/vegetarismus-veganismus-kennzeichnung/>

A3 Wissenschaft nicht dem Markt überlassen - Gegen die Neoliberalisierung der deutschen Hochschullandschaft

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz NRW Jusos, Parteitag KölnSPD

Antragstext

1 Die Tendenzen neoliberaler Hochschulpolitik sind in den letzten Jahren immer
2 stärker sichtbar geworden. So hat beispielsweise die schwarz-gelbe
3 Landesregierung mit der Reduktion des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften auf
4 die Bereiche Wirtschaft und Politik, dem überstürzten Umbau der Curricula und
5 der damit einhergehenden Anpassung des Lehramtsstudiengangs deutlich gemacht,
6 dass ihr ökonomische Bildung wichtiger ist als politische. Widerstand und
7 Bedenken von Schüler*innen, Studierenden, Lehrer*innen, Wissenschaft, der GEW
8 und weiteren Verbänden wurden ignoriert, um das eigene Prestigeprojekt
9 durchzusetzen. Jubeln können nun nur die Unternehmen und deren
10 Interessenverbände.

11 Der Umgang mit dem Schul- und Studienfach SoWi ist dabei nur ein Ausdruck der
12 neoliberalen Vorstellung von Bildung und dem Wunsch nach einer marktförmigen
13 Verwertung von Wissenschaft, welche unter der aktuellen Regierung in NRW weiter
14 vorangetrieben werden kann. Staatliche Hochschulen befinden sich in diesem
15 System im ständigen Wettkampf um Fördergelder und Drittmittel. Hochschulen,
16 Fachbereiche und Disziplinen, aber auch einzelne Wissenschaftler*innen und
17 Studierende sehen sich dem Druck ausgesetzt „wirtschaftlich verwertbare“
18 Ergebnisse zu liefern, um überhaupt Mittel für Forschung generieren zu können.
19 Universitäten und Hochschulen funktionieren in diesem neoliberalen System
20 zunehmend als kleine Unternehmen, die mit möglichst wenig Forschungsgeldern
21 möglichst viel ökonomisch relevanten Output produzieren sollen.

22 Verstärkt werden solche Tendenzen auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes,
23 mit deren Hilfe Deutschland als internationaler Forschungsstandort gestärkt
24 werden soll. Die Exzellenzförderung verkennt hierbei jedoch, dass eine
25 Etablierung Deutschlands als internationale Forschungsgröße bereits an der
26 unzureichenden Grundfinanzierung der deutschen Hochschulen scheitert.

27 Verlierer*innen dieser Effizienzideologie sind vor allem geistes- und
28 sozialwissenschaftliche Fächer, da sich diese nicht hinsichtlich ihrer
29 ökonomischen Verwertbarkeit klassifizieren lassen.

30 Im Spannungsfeld von Wettbewerb, Exzellenzstrategie und Unterfinanzierung leiden
31 besonders die Mitarbeiter*innen ohne Professur: Sie tragen die Hauptlast von
32 Lehre und Forschung, sind häufig nur mit kurzen Verträgen und auf halbe Stellen
33 angestellt und scheiden nach maximal 12 Jahren aus dem Wissenschaftsbetrieb aus,
34 wenn sie keine der rar gesäten Professor*innenstellen ergattern. Initiativen wie
35 #ichbinhanna und #ichbinreyhan zeigen, dass Existenzängste und die hohe
36 Arbeitsbelastung dazu führen, dass sich viele entscheiden frühzeitig die
37 Wissenschaft zu verlassen oder im Ausland ihr Glück versuchen. In der stark
38 prekarierten Wissenschaft überlebt nur, wer über ausreichende finanziellen
39 Ressourcen und Netzwerke verfügt.

40 **Wissenschaft sollte aber nicht aufgrund ihrer Verwertbarkeit und der**
41 **Kapitalisierung von Forschung betrieben werden - es braucht die**
42 **wissenschaftlichen Erkenntnisse und Innovationen, um die Herausforderungen und**
43 **Fragen unserer Gesellschaft zu meistern und zu beantworten.**

44 Deswegen fordern wir:

- 45 • **Abkehr von der Idee der “unternehmerischen” Hochschule und des**
46 **meritokratischen Narrativs**, also der Vorstellung, dass alle über die
47 gleichen Chancen und Bedingungen für einen Bildungsaufstieg verfügen und
48 es “nur am Engagement der Einzelnen” läge.

- 49 • **Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen, Disziplinen und**
50 **Wissenschaftler*innen im Sinne einer solidarischen Wissenschaft statt**
51 **eines kopflosen Wettbewerbs**. Die künftige Landesregierung sollte sich
52 daher für die Abschaffung der Exzellenzinitiative einsetzen.

- 53 • **Bildung liegt in den Händen des Landes und muss dementsprechend**
54 **ausreichend finanziert werden**. Dafür braucht es eine Reformierung der
55 Finanzierung der Hochschulen im Sinne einer umfassenden Grundfinanzierung
56 statt einer Vielzahl befristeter Programme. Diese muss entfristete Mittel
57 für die Anstellung Dozierender beinhalten, damit es Dauerstellen für
58 Daueraufgaben gibt und Betreuungsrelationen verbessert werden. Mittel aus
59 dem Hochschulpakt (HSP) und dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZVL)
60 müssen dabei wieder an die Lehre gebunden werden, damit diese nicht
61 anderweitig eingesetzt werden können.

- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- **Forschen und Lehren muss von sozialer Herkunft entkoppelt werden** und darf nicht Privileg einiger weniger sein, deren Eltern zufällig selbst Professor*innen mit ausreichend Kapital sind. Dazu braucht es ein **Ende der prekären Verhältnisse der Wissenschaft** und die Schaffung nachhaltiger Zukunftsperspektiven.

Begründung

“Geld ist rund und rollt weg, aber Bildung bleibt.” Heinrich Heine, Dichter (und Homie von Karl Marx)

A4 Krankenhaus Holweide als kommunales Vollkrankenhaus erhalten – Kein Ausverkauf der städtischen Kliniken in einen Klinikverbund mit den Universitätskliniken Köln!

Antragsteller*in: SB Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Antragstext

- 1 1. Die Jusos Köln sprechen sich für den Erhalt des Krankenhauses Holweide als
2 kommunales Vollkrankenhaus mit Notfallambulanz und Intensivmedizin aus. Hierfür
3 werden wir uns auch parteiintern auf allen Ebenen einsetzen und entsprechende
4 Initiativen unterstützen.

- 5 2. Neben dem Erhalt des Klinikums fordern wir die sofortige und umfassende
6 Fortführung der Sanierung und Modernisierung des Krankenhauses, den Ausbau der
7 medizinischen Kapazitäten und die Attraktivierung der Arbeitsbedingungen. Der
8 jahrzehntelange Sparkurs und eine profitorientierte Krankenhausfinanzierung
9 haben dafür gesorgt, dass das Krankenhaus Holweide in „schweres Fahrwasser“
10 geraten ist. Das war unverantwortlich und muss sich schnell und dringend ändern.

- 11 3. Die Jusos Köln sprechen sich des Weiteren gegen die von OB Reker und ihrem
12 Ratsbündnis beabsichtigte Einbindung der städtischen Kliniken in den sog.
13 „Klinikverbund“ mit den Universitätskliniken Köln aus. Die städtische
14 Krankenhausversorgung mit dem Krankenhaus Holweide und den Krankenhausstandorten
15 Merheim und Amsterdamer Straße soll weiterhin in der Trägerschaft und operativen
16 Leitung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (100% Eigentum der Stadt) verbleiben.

- 17 4. Wir fordern die SPD-Ratsfraktion wird dazu auf, alle politischen
18 Möglichkeiten zu nutzen, sich hierfür im Rat, über die Fachausschüsse Gesundheit
19 und Soziales, den Finanzausschuss als Beteiligungsausschuss und im Aufsichtsrat
20 der Kliniken gGmbH aktiv einzusetzen.

- 21 5. Hinzu fordern wir die Mandatsträger*innen der KölnSPD auf, sich auf allen
22 nötigen Ebenen dafür einzusetzen, dass Kommune, Land und Bund genügend Mittel

23 zur Verfügung stellen, die Finanzierung des Krankenhausbetriebes zu sichern und
24 zu verbessern, um einerseits gute Medizin für Jede*n zu ermöglichen und
25 andererseits genügend gut ausgebildetes Personal zu guten Bedingungen zu
26 beschäftigen.

27 Unseren Landtagskandidierenden, die gemeinsam mit Thomas Kutschaty und der
28 NRWSPD gegen sämtliche Krankenhausschließungen kämpfen, gilt hierbei unsere
29 volle Unterstützung - wir erwarten auch von ihnen nach der Landtagswahl im Mai
30 einen entsprechenden Einsatz im Landtag!

Begründung

Folgt mündlich.

A5 Erst Recht in der Pandemie - Kommunale Jobgarantie!

Antragsteller*in: SB Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Antragstext

1 Wir fordern die Einführung einer kommunalen Jobgarantie in Form eines
2 Rechtsanspruchs auf eine sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigung für
3 alle hier wohnenden Langzeitarbeitslosen. Dafür sollen neben einer Nutzung von
4 Angeboten des Jobcenters bestehende Projekte der kommunalen
5 Arbeitsmarktförderung (z.B. KomProArBeit, Stadtverschönerungsprogramm) in
6 Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern ausgeweitet werden. Die Entlohnung
7 erfolgt zum jeweiligen Tariflohn bzw. zum Mindestlohn. Ziel ist die Schaffung
8 von Beschäftigung in Bereichen der lokalen Daseinsvorsorge im weitesten Sinn.
9 Darüber hinaus kann die Jobgarantie auch genutzt werden, um Umschulungen zu
10 fördern. Dabei handelt es sich ausdrücklich um ein freiwilliges Angebot für alle
11 Menschen, denen es nicht gelungen ist, eine Beschäftigung auf dem regulären
12 Arbeitsmarkt zu finden - insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen.

Begründung

Die Existenz von Arbeitslosigkeit in Marktwirtschaften ist kein individuelles Verschulden. Vielmehr sind ökonomische Bedingungen wie beispielsweise eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Ursache für Unterbeschäftigung. Ökonomische Entwicklungen, die außerhalb jeden individuellen Einflusses stehen, verhindern insofern die Erfüllung des Menschenrechts auf Arbeit.

Der Bundeskongress der Jusos hat 2020 daher richtigerweise die Einführung einer allgemeinen Jobgarantie auf Bundesebene beschlossen.^[1] Sie soll einerseits Vollbeschäftigung garantieren und darüber hinaus einen Mindeststandard für weitere Beschäftigungsformen setzen. Wir unterstützen als Jusos Köln dieses Vorhaben und hoffen, durch die kommunale Jobgarantie für Langzeitarbeitslose erste Erfolge zu erzielen, bis das Konzept verwirklicht worden ist.

Langzeitarbeitslosigkeit gilt als Vermittlungshemmnis. Eine Jobgarantie würde die Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und damit die Wiedereinstellung in eine weitere (Folge)Beschäftigung fördern und so einen wichtigen Schritt gegen eine lang andauernde Arbeitslosigkeit darstellen.^[2] Erste Belege aus dem Projekt

“Marienthal Reversed” bestätigen diesen Punkt. Seit Oktober erhalten alle Langzeitarbeitslosen in der Gemeinde Gramatneusiedl in Österreich bis 2024 einen Job. Erste Analysen und Interviews zeigen, dass die Jobvermittlungen erfolgreich sind und positive Veränderungen bei den Nutznießenden festzustellen sind.^[1]

Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit sind mit immensen psychischen und sozialen Folgen verbunden. Im fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird die Wechselwirkung zwischen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Gesundheitszustand beschrieben. Hier wird deutlich, dass Arbeitslosigkeit sowohl eine Ursache eines schlechteren Gesundheitszustandes als auch die Folge dessen sein kann.^[4]

Neben den positiven Effekten für Langzeitarbeitslose gehen mit dem Rechtsanspruch für alle hier wohnenden Langzeitarbeitslosen ebenfalls positive Effekte für den Sozialstaat einher. In gesamtfiskalischer Betrachtung bestehen die Kosten der Arbeitslosigkeit zum einen in den Mehrausgaben der Sozialleistungsträger und der öffentlichen Haushalte, zum anderen kommt es infolge der Unterbeschäftigung zu Mindereinnahmen für den Staat.^[5] Entsprechend ergeben sich Kosteneinsparungen, wenn das Projekt positiv verläuft. Zum anderen wird die Möglichkeit geschaffen das Rentensystem durch weitere Beitragszahler*innen zu stärken und es findet eine Erhöhung der Kaufkraft der Langzeitarbeitslosen statt mit positivem Einfluss auf die regionale und nationale Wirtschaft.

^[1] <https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/06/B5-Jeder-hat-das-Recht-auf-Arbeit-Jobgarantie.pdf>

^[2] <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/305833/daten-und-fakten-arbeitslosigkeit>

^[3] <https://kurier.at/wirtschaft/karriere/jobgarantie-fuer-langzeitarbeitslose-das-zeigen-erste-ergebnisse-des-modellprojekts-marienthal/401778396>

^[4] <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/305686/folgen-der-arbeitslosigkeit>

^[5] https://www.sozialpolitik-aktuell.de/finanzierung-datensammlung.html#gesamtfiskalische_kosten

A6 Islamfeindlichkeit entschieden entgegnetreten! Muslimas und Muslime verdienen ein sicheres Leben in Deutschland

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld

Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Antragstext

1 Allerspätestens seit dem versuchten Brandanschlag auf die Kölner Zentralmoschee
2 im November 2021 sollte die Gefahr, der Muslimas, Muslime und muslimisch
3 gelesene Menschen in Deutschland täglich ausgesetzt sind, deutlich geworden
4 sein.

5 Die immer weiter zunehmende Feindseligkeit gegenüber dem Islam und muslimisch
6 gelesenen Menschen lässt sich dabei nicht nur in Köln, sondern in ganz
7 Deutschland beobachten. Alleine 2020 wurden in Deutschland 103 Angriffe auf
8 Moscheen und über 1000 islamfeindliche Straftaten verübt. Nicht zuletzt Ende
9 Januar dieses Jahres in Halle, als ein mit einem Luftgewehr bewaffneter Mann auf
10 eine Moschee schoß, während sich dort rund 100 Menschen zum Mittagsgebet
11 eingefunden hatten. Solche Taten haben in einer toleranten und weltoffenen
12 Gesellschaft keinen Platz und stehen im krassen Gegensatz zu allem, wofür die
13 Jusos, die SPD und die Sozialdemokratie stehen!

14 Der Islam gehört genauso zu Deutschland wie die 5.6 Millionen in Deutschland
15 lebenden Muslimas und Muslime. Feindseligkeiten aller Art und Angriffe auf
16 muslimisch gelesene Menschen müssen aufhören, ihre Ängste und Forderungen wahr-
17 und ernstgenommen werden. Es ist Aufgabe des Staates sie zu schützen. Gerade in
18 Anbetracht der aktuellen Geschehnisse ist dem, ohne Wenn und Aber, nachzukommen.

19 Deswegen fordern wir:

- 20 • **Polizeipräsenz vor Moscheen verstärken.** Sollte es dem ausdrücklichen
21 Wunsch der muslimischen Gemeinden entsprechen, so sollte, wie es vor
22 anderen Gotteshäusern bereits gang und gäbe ist, die Polizeipräsenz auch
23 vor Moscheen verstärkt werden. Dabei sollte besonders der Schutz von
24 Freitagsgebeten, an denen regelmäßig mehrere hundert Muslimas und Muslime
25 teilnehmen, betrachtet werden.

- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- **Gespräche mit muslimischen Gemeinden führen.** Muslimas und Muslime bilden einen großen Teil unserer Gesellschaft in Deutschland. Ihre Forderungen nicht zu kennen ist genauso fahrlässig, wie ihre Ängste zu ignorieren oder nicht ernst zu nehmen. Auf ihre Forderungen muss eingegangen und ihre Ängste wahr- und ernstgenommen werden. Es muss ein stärkerer und intensiverer Dialog stattfinden.
- 32
- **Klare Haltung gegen Rechts!** Es gilt weiterhin eine klare Haltung gegen rechtes, diskriminierendes und rassistisches Gedankengut einzunehmen, den aufkeimenden Faschismus zu bekämpfen und die antirassistische Arbeit zu intensivieren. Dazu gehört auch der Kampf gegen Islamfeindlichkeit und islamfeindliches Gedankengut.
- 33
- 34
- 35
- 36

Begründung

Der Islam gehört genau so zu Deutschland wie die 5.6 Millionen in Deutschland lebenden Muslimas und Muslime. Ihre Ängste ernst zu nehmen und sie zu schützen ist Aufgabe des Staates.

A7 Mamor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Miete nicht. Für mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen!

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag KölnSPD, Landeskonferenz NRW Jusos

Antragstext

1 **Die Jusos Köln fordern, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende und**
2 **Azubis geschaffen wird. In Köln, in NRW und überall in Deutschland.**

3 Junge Menschen in Ausbildung sind in erheblichem Maße von fehlendem Wohnraum,
4 steigenden Mietpreisen und Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt betroffen.
5 Die Situation ist in einigen Städten inzwischen so verheerend, dass sich
6 Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen gegen ein Studium oder eine
7 Ausbildung in ihrer Wunschstadt entscheiden. Um bezahlbaren Wohnraum zu
8 schaffen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig.

9 Wir fordern, dass die Kommunen und Städte in NRW das Heft des Handelns
10 übernehmen und die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende
11 nicht den freien Marktkräften überlassen. Trotz des eklatanten Flächenmangels,
12 besonders in den Großstädten, müssen die Städte aktiv werden und Vorkaufsrechte
13 nutzen. Wenn nötig, sind Enteignungen zu prüfen. Wohnheime müssen im
14 universitären Umfeld oder für Azubis in direkter Nähe zu Ausbildungs- und
15 Arbeitsstätten entstehen.

16 Besonders die Universitätsstädte in NRW sollten sich klar gegen Service-Living-
17 Apartments positionieren. Diese radikalen Auswüchse des Marktes, die nur noch
18 von jungen Menschen mit hohem Einkommen oder aus reichem Elternhaus bezahlbar
19 sind, treiben Gentrifizierungsprozesse voran und ermöglichen uni- und
20 ausbildungsnahes Wohnen nur noch für die Elite.

21 Die Kommunen und Städte in NRW sollen Anlaufstellen für Beratung zum Thema
22 Wohnen für Studierende und Azubis schaffen, um unabhängig über verschiedene
23 Wohnangebote und Förderungsmöglichkeiten zu beraten. Dabei sind auch Angebote

24 nach § 13. Abs. 3 SGB VIII, besser bekannt als Jugendwohnen, zu bedenken. Diese
25 werden vom Staat gefördert, sind aber zeitgleich vielen jungen Menschen kein
26 Begriff. Ein Marketing für diese Angebote kann junge Menschen motivieren für
27 ihre Wunschausbildung an einen neuen Ort zu ziehen und somit freie Lehrstellen
28 zu besetzen.

29 Auch junge Menschen in schulischer Berufsausbildung haben ein Recht darauf,
30 ihren Wohnort selbst zu bestimmen. Aktuell entfällt bei einer solchen Ausbildung
31 der Anspruch, sobald sich eine entsprechende Schule in zumutbarer Umgebung des
32 Elternhauses befindet. Um bei bereits volljährigen Menschen nicht weniger freie
33 Entscheidungen als Studierenden oder betrieblichen Auszubildenden zu gewähren,
34 soll BAFöG unabhängig vom Elternhaus gewährt werden.

35 Deswegen fordern wir:

- 36 • Vorkaufsrechte zum Bau von Wohnheimen nutzen

- 37 • mehr Marketing für Wohnheime

- 38 • Beratungsstelle für studentisches & Azubi-Wohnen

- 39 • BAFöG für junge Erwachsene muss unabhängig vom Wohnort der Eltern sein

Begründung

Studierende und Azubis sind im besonderen Maße von Wohnungsnot betroffen. Dies liegt einerseits daran, dass in Großstädten und universitären Mittelstädten die Mieten in den letzten Jahren drastisch angestiegen sind - im besonderen Maße trifft das auf Neuvertragsmieten zu - und andererseits an den geringen Einkommen, die Azubis und Studierende erwirtschaften. Das Pendel schlägt also in zweierlei Richtung zu Ungunsten der jungen Menschen aus. Folglich lässt sich das Problem auch in zweierlei Weise lösen: Erstens muss Politik dafür sorgen, dass Azubis und Studierende über mehr finanzielle Mittel verfügen. Ein wesentliches Element, das zur Lösung des Problems beitragen könnte, ist neben der Erhöhung des Mindestlohns die Erhöhung der BAFöG-Sätze und Ausweitung des Empfänger*innen-Kreises. Zweitens muss das Angebot auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden und sich stärker der Lebenssituation junger Menschen anpassen. Hierzu zählt besonders die Bereitstellung günstiger Wohnungen in Form von öffentlich gefördertem/sozialem Wohnungsbau, Jugendwohnprojekte uvm.

(Aus)Bildung darf kein privilegiertes Gut werden und Bildung ist mehr, als einer Vorlesungsreihe aus dem Homeoffice zu folgen. Alle jungen Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, in Nähe zu ihrer

A7 Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Miete nicht. Für mehr bezahlbaren Wohnraum
für junge Menschen!

Ausbildungsstätte zu leben und zu lernen.

A8 Die Stadt gehört uns allen – gegen defensive Architektur und für ein diverses Stadtbild

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD, Ratsfraktion der KölnSPD

Antragstext

1 Jede*r kennt sie – unterteilte Bänke oder Bänke mit Löchern, Metallstifte unter
2 Brücken, elektronische Überwachungstechniken oder auch „Skaterschutz“ aus Metall
3 oder Hartgummi. Doch wozu dienen diese Maßnahmen?

4 Als Teil der so genannten defensiven Architektur zielen sie darauf ab, bestimmte
5 Personengruppen von öffentlichen Räumen fernzuhalten und aus diesen
6 auszugrenzen.

7 Auch in Köln sind viele dieser Maßnahmen aufzufinden. Seien es die extra
8 schmalen Bänke an der Severinstraße, die Scheinwerfer am Aachener Weiher oder
9 auch die vor ein paar Monaten angebrachte Eisenstange auf dem Mäuerchen
10 (Universität zu Köln). Gefordert werden sie unter anderem von aufgebrachten
11 Haus- und Grundbesitzer*innen und Geschäftsleuten in Bürgerinitiativen zum
12 Schutz der Kölner Innenstadt mit Unterstützung von Bundestagskandidat*innen von
13 den Freien Wählern im September vergangenen Jahres.

14 Die Idee, die dahintersteckt? Durch eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik
15 werden öffentliche Räume ausgehend von den Interessen gewinnorientierter
16 Unternehmen und sozioökonomisch privilegierter Bewohner*innen kommerzialisiert
17 und kommodifiziert. Das Motiv hinter dieser auf öffentliche Ordnung und
18 Sicherheit ausgerichteten Stadt- und Raumplanung ist ein von der privilegierten
19 "Mehrheitsgesellschaft" wahrgenommener Zuwachs an Kriminalität in Städten,
20 welcher ihrem Empfinden nach von den Marginalisierten und insbesondere
21 Obdachlosen ausgeht. Demzufolge müsse die Präsenz der Randgruppen mit
22 vermeintlich kriminellem Verhalten zum Schutze der "Mehrheitsgesellschaft"
23 verringert werden.

24 Doch dieser empfundene Zuwachs an Kriminalität in öffentlichen Räumen kann durch
25 polizeiliche Statistiken nicht belegt werden, ganz im Gegenteil ist die
26 Gesamtzahl an Straftaten in Deutschland seit Jahren rückläufig und wenn jemand
27 von Gewalt betroffen ist, sind das in vielen Fällen Obdachlose und ausgegrenzte
28 Menschen selbst. Sieht man sich jedoch genauer an, wen die Auswirkungen
29 defensiver Architektur am stärksten betreffen - nämlich alle vulnerablen
30 Gruppen, also z.B. auch ältere und behinderte Menschen, die genauso auf Plätze
31 zum Ausruhen und Verweilen im öffentlichen Raum angewiesen sind - wird deutlich,
32 dass hier vielmehr die Gesamtgesellschaft unter den Interessen Einzelner leidet.

33 Gerade auf Obdachlose haben diese Maßnahmen einen großen psychologischen und
34 physischen Effekt. Sie erschweren die ohnehin schwierigen Lebensumstände von
35 Obdachlosen Personen durch zusätzliche Stigmatisierung sowie Gefühle wie Scham
36 und Ausgegrenzt-Sein, aber sorgen auch dafür, dass diese in immer schwieriger
37 bewohnbare, unkomfortable Ecken der Stadt ziehen müssen, die ihren Zugang zu
38 Hygiene, Privatsphäre und einem Schlafplatz immer weiter erschweren. Unser Ziel
39 sollte es sein, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und nicht die Obdachlosen.

40 Auch für Jugendliche sind die öffentlichen Räume oftmals erster Anlaufpunkt zum
41 Verweilen. Gerade sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche sind die, die am
42 meisten auf freien und zugänglichen öffentlichen Raum angewiesen sind. In Zeiten
43 der Corona-Pandemie wird dieses Bedürfnis zusätzlich verstärkt. Es müssen daher
44 eher mehr Räume für Jugendliche geschaffen und nicht Räume zerstört werden!
45 Indem man unerwünschte Bürger*innen von den öffentlichen Räumen fernhält,
46 unterstützt man lediglich die städtische Segregation, verschiebt die Problematik
47 und sorgt für eine oberflächliche Homogenisierung des Stadtbildes durch die
48 Verdrängung von Armut, sozialem Verfall und öffentlicher Unordnung.

49 Dies gefährdet jedoch das Wesen der Vielfalt im städtischen Umfeld und stellt in
50 Frage, ob der öffentliche Raum wirklich frei und demokratisch ist. Gerade die
51 Bedürfnisse der an den Rand gedrängten Menschen in unserer Gesellschaft müssen
52 bei der Stadtplanung eingehend berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum wird
53 entsprechend einer imaginierten, idealisierten "Öffentlichkeit" gestaltet, die
54 Angst vor Kriminalität hat, Obdachlosigkeit als unangenehm empfindet, sich durch
55 Betteln bedroht fühlt usw.

56 Es müssen nachhaltige Lösungen für zugrundeliegende soziale Probleme gefunden
57 werden, die nicht nur Symptome bekämpfen. Diese müssen im Sinne der
58 Stadtgemeinschaft konstruktiv gelöst werden, z. B. durch bessere Unterbringungs-
59 und Hygienemöglichkeiten sowie ein Minimum an niedrigschwelliger und leicht
60 zugänglicher gesundheitlicher Versorgung für Obdachlose. Positive Entwicklungen
61 im Raum Köln sind beispielsweise die mobilen Tiny Houses von "Little Home e.V."
62 und die Wohnungslosenhilfe "Housing First", die seit 2020 acht Menschen in ein
63 festes Mietverhältnis gebracht hat.

64 Das subjektive Gefühl von Unsicherheit und Unbehagen darf also auf keinen Fall
65 der geltende Maßstab für politisches Handeln sein, sondern das für alle Menschen
66 geltende Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit sowie das Recht
67 aller Menschen auf die Nutzung öffentlicher Räume. Außerdem müssen wir uns als
68 sozialistische Gemeinschaft jeglichen Entwicklungen der neoliberalen Stadt- und
69 Raumplanung entgegenstellen, die die Vorstellungen einzelner Privilegierter von
70 einem vermeintlich entkriminalisierten und ansprechenden Stadtbild über die
71 Menschenwürde marginalisierter Gruppen stellt.

72 Die Stadt gehört uns allen - es darf nicht zu einer "klassenbasierten
73 Raumordnung" im öffentlichen Raum kommen und **daher fordern wir:**

- 74 • Das Verbot des Einsatzes von defensiver Architektur und ihren Maßnahmen
75 durch die Stadt Köln, städtische Unternehmen sowie im öffentlichen Raum,
76 sofern dieser im städtischen Eigentum ist,
- 77 • die Positionierung des Rats gegen den Einsatz defensiver Architektur und
78 ihren Maßnahmen durch Private,
- 79 • bei neuen Bauprojekten dürfen keine abgeschotteten Viertel entstehen und
80 es muss allen Menschen der Aufenthalt erlaubt sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A9 Förderung der kommunalen Ausbildung

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, SPD Köln

Antragstext

1 Wir fordern eine Stärkung der Ausbildung in den Kommunen, eine attraktivere
2 Gestaltung und ein stärkeres Bewusstsein der Kommunen, sich für neue
3 Auszubildende einzusetzen.

4 Hierfür ist vor allem einer höhere Präsenz der Kommunen auf Jobbörsen,
5 Ausbildungsmessen, im Internet oder in den Schulen gefragt.

6 Daneben ist die Modernisierung der Kommunen und der Ausbildung elementar.
7 Digitale Themen wie Open Data, Plattformökonomie oder KI müssen schneller in den
8 Kommunen und in der Ausbildung vorangetrieben werden, damit sie sich den
9 aktuellen Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung stellen kann.
10 Hierfür muss explizit neues Fachpersonal geworben werden. Dies muss jetzt schon
11 in den Fokus genommen werden, indem die Attraktivität der Ausbildung in den
12 Kommunen gestärkt wird.

13 Deshalb fordern wir:

- 14 • **Dass auf Landesebene eine schnelle und auf digitale Themen gerichtete**
15 **Strategie zur Stärkung der kommunalen Ausbildung entwickelt wird.**

Begründung

Zu den größten Problemen für die Kommunen zählen der Fachkräftemangel und der demographische Wandel. Um sich dem entgegenzustellen und das Fachwissen der Mitarbeitenden langfristig an die Kommunen zu binden, muss die kommunale Ausbildung im eigenen Haus gefördert werden. Hinzu kommt der angespannte Arbeitsmarkt in diesem Bereich, der keine zukünftige Entlastung erleben wird. Doch fehlt insbesondere dieses Engagement der Kommunen, um neue Angestellte anzuwerben.

Die Digitalisierung gewinnt auch im kommunalen Kontext an Stellenwert. Hierfür gibt es aber noch nicht überall das hinreichende Fachpersonal. U.a. die schleppende Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) und vorangegangener Gesetze zeigt den Bedarf an Azubis und Fachkräften in den Kommunen. Daher müssen digitale Themen wie Open Data, E-Government, Plattformökonomie, Datenschutz oder Künstliche Intelligenz bereits in der Ausbildung vermittelt und gefördert werden. Damit gewinnt auch die Ausbildung unter jungen Menschen an Attraktivität.

Für die Attraktivität müssen vor allem die Vorteile der kommunalen Ausbildung sichtbarer werden, etwa eine hohe Tarifbindung, ein krisensicherer Arbeitsplatz oder die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf dank flexibler Arbeitszeitmodelle.

Außerdem gehört die Förderung der (kommunalen) Ausbildung zu den politischen Grundpfeilern der SPD und schafft auf sozioökonomischer Ebene einen breiten Mehrwert.

A10 Rettet die Weihnachtsbäume - Förderung für die Wiederaufforstung von durch den Borkenkäfer zerstörte Waldflächen

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach Priorisierung der Delegierten)
Status: Zurückgezogen

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos, Bundeskonferenz der Jusos

Antragstext

1 Wir fordern einen auf Landes- und Bundesebene entworfenen Fahrplan für eine
2 langfristige, nachhaltige und einheitliche Strategie für den Schutz der Wälder,
3 insbesondere gegen den Borkenkäfer. Der Fahrplan muss vor allem eine
4 unkomplizierte und effiziente Finanzierung der Wiederaufforstung zerstörter und
5 bracher Waldflächen beinhalten. Das beinhaltet auch den Wegfall aller Hürden für
6 die Beantragung von Fördermitteln.

7 In den letzten Jahren hat die massive Verbreitung des Borkenkäfers zur Rodung
8 großer Waldflächen geführt. Das stellt ein großes Problem für das Ökosystem des
9 Waldes und die Waldbestände insgesamt dar. Daher ist eine schnelle und
10 nachhaltige Wiederaufforstung der Flächen, im Sinne der ökologischen Vielfalt,
11 als Mittel gegen den Klimawandel und als Lebensraum für Menschen und Tiere
12 nötig.

13 **Angelehnt an die Förderung für die Landwirt*innen für ihre Agrarflächen, wäre
14 eine Förderung seitens der EU möglich, um die Bedingungen für starke Laub- und
15 Mischwälder zu garantieren. Wir fordern, dass diese Möglichkeit geprüft und ggf.
16 genutzt werden sollte.**

Begründung

Im August 2021 hatte der Borkenkäfer bereits 44% des gesamten Fichtenbestandes in NRW zur Strecke gebracht^[1]. Das sind 10% der gesamten Waldbestände in NRW^[2]. Damit ist der Borkenkäfer einer der größten "Schädlinge" für die Wälder in Deutschland. Rund 285.000 Hektar müssen aufgeforstet werden - das ist mehr

als die Fläche des Saarlandes^[3]. Die Hitze und Trockenheit der letzten Jahre hat die massive Ausbreitung des Borkenkäfers begünstigt. Die lange favorisierten Nadelbaum-Monokulturen, haben gegen den Klimawandel keine Chance^[4]

“Borkenkäferarten sind „sekundäre Schädlinge“, d.h. sie finden nur in kränkenden und absterbenden Bäumen günstige Entwicklungsbedingungen. Durch Trockenheit, Windwurf oder Schneebruch geschwächte Nadelbäume (meist Fichten) dienen somit als Brutstätte. Bei günstigen Witterungsverhältnissen und ausreichend Brutmaterial ist eine Massenvermehrung möglich. Die Käferpopulation steigt dann so stark an, dass auch gesunde und vitale Bäume durch den Massenangriff absterben können. Der Borkenkäfer ist somit zu einem „primären Schädling“ geworden.”^[5]

Die Fichten wehren sich gegen den Borkenkäfer, indem sie sofort anfangen zu harzen. Ab ca. 200 Tieren kommt der Harzaustöß des Baumes zum Erliegen, Trockenheit reduziert die Harzproduktion zusätzlich. Die natürlichen Fressfeinde der Borkenkäfer können eine Massenvermehrung nicht verhindern.

Die langfristig effektivste Methode gegen die Massenpopulationen des Borkenkäfers sind Laub- und Mischwälder. "Waldumbau schnell und zügig" ist oft das gewünschte Mittel, um den Wald auf den Klimawandel vorzubereiten, aber Wald wächst nicht zügig und der Umbau wird durch eine ganze Reihe von Faktoren erschwert, wie etwa durch die oft kleinteilige Parzellen-Struktur im Privatwald.^[6] Vielen privaten Waldbesitzer*innen und forstwirtschaftlichen Betrieben an finanziellen Mitteln. Außerdem gestaltet sich die Beantragung der jetzigen Fördermittel als kompliziert und ist mit Hürden verbunden, wie bspw. eine Streichung der Fördermittel bei einer Zerstörung der neuen Waldflächen durch externe Einflüsse.

Laut deutschem Gesetz darf das befallene Holz nur noch zu deutlich reduzierten Preisen verkauft werden, anders als in vielen anderen Ländern. Durch die gestiegenen Kosten beim Roden der betroffenen Waldflächen und dem Wertverlust durch den Verkauf, fehlt es den Forstbetrieben und privaten Waldbesitzer*innen an finanziellen Mitteln für die Wiederaufforstung der Waldflächen. Für ein nachhaltiges, forstwirtschaftliches Ökosystem und einen gesunden Lebensraum braucht es schnelle Förderung für die Wiederbepflanzung der Waldflächen.

In der Förderperiode 2014 - 2020 betrug der EU-Agrarhaushalt 96 Milliarden, 8,3 Milliarden entfielen dabei auf Deutschland. 30% dieser Mittel müssen für Maßnahmen zu Klimaschutz/-anpassung und Umweltschutz verwendet werden. Insgesamt wurden in Deutschland 49% der Mittel für "Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung von Land- und forstwirtschaftlichen Ökosystemen" ausgegeben^[7]. Mit Blick auf die gesamten deutschen Waldflächen reichen diese Förderungen nicht aus.

Weitere Quellen:

<https://www.rnd.de/wissen/borkenkafer-befall-wieso-ist-er-so-schadlich-fur-unsere-walder-NHNLDC5VVGRNENNPTPYZS5H5E.html>

<https://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42891/grafik-agrarpolitik>

<https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/landwirtschaft/326149/zweite-saeule-der-eu-agrarpolitik>

<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/332952/was-menschen-gegen-das-artensterben-tun-koennen>

^[1] <https://www1.wdr.de/nachrichten/borkenkaefer-wald-fichten-100.html>

^[2] <https://www.ksta.de/politik/duerre--borkenkaefer-und-stuerme-zehn-prozent-der-nrw-waldflaechen-sind-zerstoert---39303030>

^[3] <https://www.rnd.de/wissen/borkenkafer-2020-walder-auch-im-dritten-jahr-in-folge-bedroht-B2HN5LIIAVOU2JJHUOJ2FRTURE.html>

^[4] <https://www1.wdr.de/nachrichten/borkenkaefer-wald-fichten-100.html>

^[5] <https://www.wald.de/forstwirtschaft/waldschutz/borkenkaefer/>

^[6] <https://www.rnd.de/wissen/borkenkafer-2020-walder-auch-im-dritten-jahr-in-folge-bedroht-B2HN5LIIAVOU2JJHUOJ2FRTURE.html>

^[7] <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/landwirtschaft/326149/zweite-saeule-der-eu-agrarpolitik>

A11 Bezahlbares Wohnen - in der Innenstadt und in den Außenbezirken

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag KölnSPD

Antragstext

1 **Bauarbeiter*innen, können wir das schaffen? Jo, wir schaffen das!**

2 Bauen, bauen, bauen lautet die viel geforderte Formel für mehr Wohnungsangebot
3 und gegen steigende Mieten. Hört sich schön an, bringt aber nichts, wenn Neubau
4 bedeutet, dass das nächste Luxusquartier entsteht, in das sich die Reichen und
5 Geföhnten der Gesellschaft zurückziehen können. Wohnraum in den Städten fehlt
6 vor allem für einkommensschwache Kölner*innen, darunter besonders auch junge
7 Menschen wie Schüler*innen, Studierende oder Auszubildende.

8 Rund jede*r Zweite in unserer Stadt hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber
9 noch nicht einmal 7 Prozent unserer Wohnungen sind Sozialwohnungen, d.h.
10 öffentlich gefördert und dadurch besonders günstig. Und es werden jedes Jahr
11 weniger, da mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als neue geförderte
12 Wohnungen gebaut werden. Die soziale Frage spitzt sich zu.

13 Deshalb fordern wir, dass beim Neubau in Köln besonderer Wert auf die Schaffung
14 öffentlich geförderter Wohnungen gelegt wird. Bei der gravierend sinkenden Zahl
15 der Sozialwohnungen in Deutschland reichen 30% Sozialwohnungen bei
16 Neubauprojekten nicht aus. Deshalb fordern wir mindestens 50%
17 Sozialwohnungsquote für jedes Neubauprojekt. Egal ob in Mülheim, Porz oder
18 Rodenkirchen. Kölner*innen benötigen gebaute Realität, damit sie dort einziehen,
19 wohnen und leben können.

20 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen zur Steigerung des sozialen Wohnungsbaus
21 ergriffen werden:

- Ausbau des kooperativen Baulandmodells auf 50% geförderte Wohnungen

- 23 • Beschleunigung von Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren
- 24 • Stärkung der Wohnungsbauleitstelle
- 25 • Anwendung von Baugeboten für mindergenutzte Flächen
- 26 • Gründung und finanzielle Ausstattung einer zweiten Wohnungsbaugesellschaft
27 neben GAG und modernestadt

28 **Wem gehört die Stadt? Köln-Kalk-Verbot für Immobilienhaie!**

29 Selbst den größten Fans des Neoliberalismus (außer den Julis) dürfte inzwischen
30 klar sein, dass das Konzept des steuernden Marktes im Immobiliensektor
31 gescheitert ist. Der massenhafte Verkauf kommunaler Wohnungen hat zur aktuell
32 prekären Situation in den Städten geführt: Steigende Mieten, Gentrifizierung und
33 Verdrängung und eine Stadt für Gutverdienende. Deshalb muss nicht nur die
34 Sozialwohnungsquote steigen, sondern auch die Besitzverhältnisse im Gesamten
35 müssen hinterfragt werden. Sind Bindungsfristen für sozialen Wohnraum noch
36 zeitgemäß? Ist der Staat nicht sogar verpflichtet, aufgrund der aktuellen
37 Wohnungskrise in den Markt einzugreifen und, wenn nötig, zu vergesellschaften?

38 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 39 • Klares Bekenntnis zur Stadt für Alle
- 40 • Prüfung der Abschaffung von Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau
- 41 • Stadt Köln muss ihren Beschluss endlich umsetzen & darf städtische Flächen
42 nur noch per Erbpacht vergeben und nicht mehr verkaufen!
- 43 • Stadt Köln muss konsequent ihre Vorkaufsrechte nutzen und Grundstücke an
44 GAG oder gemeinnützige weiterverpachten, z.B. Genossenschaften
- 45 • Nach Berliner Vorbild soll die Stadt Köln ihr Vorkaufsrecht auch für
46 Immobilien nutzen, denen der Verkauf an große, profitorientierte

47 Immobilienkonzerne droht.

- 48 • Zur Finanzierung muss die Stadt einen Bodenfonds einrichten und mit den
49 nötigen Mitteln ausstatten

50 Das große Ziel ist ein gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkt aus gemeinnützigen
51 Eigentümer*innen und Vermieter*innen, der von Genossenschaften, sozialen
52 Bestandshalter*innen und kommunalen Gesellschaften dominiert wird. Alle anderen
53 Marktteilnehmenden profitieren vom Mietenstopp, von der Entbürokratisierung und
54 dem staatlichen Einfluss.

55 **Was lange währt, wird endlich gut. Der Bestands-Wohnungsbau hoffentlich auch.**

56 Der Bestand an Wohnungen ist das große Pfund in unserer Stadt. 564.776 Haushalte
57 gibt es 2020 in unserem Stadtgebiet. 2016 bis 2020 wurden in Köln rund 12.000
58 Wohnungen fertiggestellt, davon rund 90% bzw. 10.800 Wohnungen wirklich neu
59 geschaffen (sonst Abriss – Neubau). Im Durchschnitt sind das 2.160 Wohnungen im
60 Jahr. Das ist erstens viel zu wenig und zeigt zweitens, wie wichtig der Schutz
61 von Mieter*innen in bestehenden Wohnungen ist! Der Bestand ist der wichtigste
62 Angriffspunkt, um die Stadt auch weiterhin als Wohnraum für alle
63 Bevölkerungsschichten zu erhalten.

64
65 Gentrifizierung und Mieterhöhungen prägen unseren Alltag. Bei jeder Suche auf
66 immoscout und Co stellen sich die Nackenhaare auf, weil die Preise wieder
67 gestiegen und schon lange nicht mehr bezahlbar sind. Die bezahlbaren
68 Bestandsmieten zu erhalten und Sanierung aus reiner Profitgier zu verhindern,
69 dafür stehen wir ein.

70 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 71 • Ausweitung der Sozialen Erhaltungssatzung (sog. Milieuschutzsatzungen),
72 besonders in Städten wie Köln
- 73 • Ausweitung der Förderkonditionen und Finanzmittel auf Landesebene, so dass
74 Kommunen in die Lage versetzt werden, bei bestehenden Wohnungen Bindungen
75 anzukaufen und im Bestand bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 76 • Auf Landesebene weiterhin die schwarz-gelbe Landesregierung unter Druck
77 setzen, sinnvolle Maßnahmen aus dem Baulandmobilisierungsgesetz wie
78 sektorale Bebauungspläne oder Vorkaufsrechte, Baugebote und vieles mehr zu

79 nutzen. Wir fordern, dass die Landesregierung ihren Job macht und Menschen
80 eine Wohnung ermöglicht, anstatt in der Wohnungswirtschaft Gelder für den
81 Wahlkampf einzusammeln.

Begründung

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Weil die Miete einen Großteil unseres Netto-Einkommens aufzehrt und nur das, was übrig bleibt, für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe zur Verfügung steht. Weil eine Wohnung in den Bedürfnissen vor allem Anderen steht und wir die Miete als Erstes zahlen. Weil eine Wohnung Meldeadresse und so Grundlage für vertragliche Bindungen ist. Weil eine Wohnung aber auch so viel mehr ist: Zuhause, der Ort an den wir nach getaner Arbeit zurückkommen und uns sicher und wohl fühlen sollen. Wohnen ist Lebensgrundlage und entscheidet über unser Wohlbefinden und unsere Chancen auf freie Entfaltung und gesellschaftliche Durchmischung. Bezahlbares Wohnen im gesamten Stadtgebiet muss oberste Priorität haben.

Die Stadt Köln muss das Heft des Handelns endlich aktiv in die Hand nehmen und die Entwicklung von Wohnraum nicht weiterhin den Marktkräften überlassen. Ansonsten bleibt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Köln nämlich genauso wie die vermeintliche "Hand des Marktes": unsichtbar.

A12 Köln bleibt stabil gegen Corona

Antragsteller*in: SB Lindenthal
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Ratsfraktion der SPD Köln

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern weitergehende Anstrengungen der Stadt Köln für eine
2 Erhöhung der Impfquote. Zu diesem Zweck schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen
3 vor:

- 4 • Eine Analyse der konkreten Impfquoten in den einzelnen Kölner Stadtteilen.
- 5 • Eine moderne, mehrsprachige Aufklärungskampagne in den Stadtteilen mit
6 einer geringen Impfquote.
- 7 • Einen Ausbau der niedrighschwelligen Impfangebote (z.B. in Form von mobilen
8 Impfteams), ebenfalls vermehrt in Stadtteilen mit einer geringen
9 Impfquote. Diese sollen an zentralen Plätzen, wie etwa vor Bahnhöfen oder
10 Supermärkten errichtet werden. Bei der Auswahl, der für die Impfung
11 werbenden Menschen, soll darauf geachtet werden, dass diese neben Deutsch
12 möglichst auch eine andere Sprache (z.B. Russisch, Französisch, Türkisch
13 oder Arabisch) sprechen - abhängig von der Einwohnerstruktur in den
14 jeweiligen Vierteln. Als Positivbeispiel ist hierbei Bremen zu nennen,
15 welches mit einem ähnlichen Vorgehen die Impfquote stark erhöht hat.
- 16 • Die Schaffung materieller Anreize (z.B. in Form von Supermarktgutscheinen,
17 Freibad-, Fußball- oder Kinotickets)

18 Um für zukünftige Pandemien oder andere gesundheitliche Notlagen gewappnet zu
19 sein, wird die Stadt Köln zudem aufgefordert, ein pandemisches Krisenkonzept zu
20 entwickeln. Dabei soll insbesondere geprüft werden wie große Teile der
21 Stadtbevölkerung in kürzester Zeit geimpft oder medizinisch versorgt werden
22 können. Es soll frühzeitig festgelegt werden welche öffentlichen Gebäude dafür
23 herangezogen werden sollen, welches Personal dafür abgestellt wird und welche

24 Träger die medizinische Versorgung der Bevölkerung übernehmen. Die Strategie
25 soll außerdem darlegen, wie die kritische Infrastruktur der Stadt
26 aufrechterhalten wird.

Begründung

Impfen ist nach Meinung der meisten Expert*innen der einzig gangbare Weg aus der Krise. Eine Durchseuchungsstrategie würde Kollateralschäden erheblichen Ausmaßes in Kauf nehmen. Wir sehen, dass die aktuellen Entwicklungen rund um die (wohl) mildere Omikron-Variante des Coronavirus sowie auch die rechtlichen und praktischen Bedenken bei der Einführung und Handhabung eines möglichen Impfregisters die Durchsetzung einer Impfpflicht herausfordernder erscheinen lassen.

Umso wichtiger ist es in dieser Phase der Pandemie, möglichst vielen Bürger*innen auf freiwilliger Basis einen möglichst umfassenden Impfschutz zukommen zu lassen. Ohne damit eine Impfpflicht ausschließen zu wollen, ist für uns klar, dass in einem freiheitlichen Staat die Überzeugung der Bürger*innen Vorrang vor der Anwendung von Zwang hat. Die Stadt Köln hat noch nicht alles in ihrer Macht stehende getan, um die Bürger*innen von der Impfung zu überzeugen.

Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich ein Teil der bislang skeptischen, noch ungeimpften Bevölkerung durch Anreize überzeugen lassen würde (Hartmann et al¹; Garcia/Czech²). Eine Studie der Humboldt-Universität zu Berlin geht dabei von einer signifikanten Steigerung der Impfbereitschaft bereits ab einem Geldwert von 50€ aus (siehe für die ganze Studie Hartmann et al.). Ein Gutschein in dieser Höhe würde einer Konzertkarte für die Kölner Philharmonie oder einem Schwimmbadbesuch für eine fünfköpfige Familie entsprechen. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch der psychologische Effekt der Impfkationen: Mithilfe der Impfanreize in städtischen Freizeiteinrichtungen lässt sich den Bürger*innen praktisch demonstrieren, welche Freizeitaktivitäten wieder zur Normalität werden könnten, wenn eine hinreichend hohe Impfquote erreicht ist.

Als ein weiterer Nebeneffekt ist zu nennen, dass gerade auch Kultureinrichtungen wie Theater, die besonders unter Krise der vergangenen zwei Jahre gelitten haben, wieder in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden könnten. Es kann schließlich davon ausgegangen werden, dass sich die Gewährung von Gutscheinen nicht in einem problematischen Maße negativ auf die Haushaltssituation der Stadt Köln auswirkt. Vielmehr würden hauptsächlich Menschen von den Anreizen profitieren, die derzeit ohnehin aufgrund der geltenden 2G-Regelungen von einem Besuch der jeweiligen Einrichtungen absehen mussten. Da die Einrichtungen weiterhin geöffnet sind, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Vielmehr könnte es sogar noch zu positiven Werbeeffekten kommen.

Die Stadt Köln trägt nicht nur durch das aktive Fördern der Impfung Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger*innen. Auch mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Corona-Pandemie sollte die Stadt vorausschauend handeln. Die Stadt Köln hat während der Corona-Krise gezeigt, dass sie organisatorische Hürden, etwa die Errichtung eines Impfzentrums in den Messehallen, kurzfristig meistern kann. Diese Fähigkeit soll systematisch verstetigt werden. Ein Plan zur Vorgehensweise in gesundheitlichen Krisensituationen ist aus zwei Gründen sinnvoll und notwendig. Zum einen zeigt sich immer mehr, dass die Impfung gegen das Coronavirus einer regelmäßigen Auffrischung bedarf, zumindest für Risikogruppen. Dafür werden mittelfristig immer wieder Kapazitäten benötigt, um Teile der Bevölkerung zu impfen.

Zum anderen zeigt uns die Corona-Pandemie, dass jederzeit gesundheitliche Notlagen auftreten können, auf die schnell und effektiv reagiert werden muss. Die Stadt Köln soll dann vorbereitet sein: Eine Strategie in der Schublade spart im Ernstfall Zeit und Ressourcen. Eine solche Strategie könnte zum Beispiel beinhalten welche öffentlichen Gebäude sich in kurzer Zeit in Versorgungsstützpunkte umwandeln lassen (Schulen, Ämter, Sporthallen etc.). Gegebenenfalls kann dort haltbares Material, etwa Trennwände, Liegen oder Kabel vorgehalten werden. Auch ergibt es Sinn, das Personal im öffentlichen Dienst in die Strategie einzubinden und Aufgaben für den Notfall konkret zu benennen. Die Festlegung der einzelnen Bestandteile der Strategie soll allerdings den Expert*innen aus der Verwaltung, aber auch dem Katastrophenschutz und aus den Krankenhäusern überlassen werden.

¹ <https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/mai-2021/nr-21510>

² https://econpapers.wiwi.kit.edu/downloads/KITe_WP_150.pdf

A13 Die Lebenden wieder auf die Friedhöfe holen

Antragsteller*in: SB Lindenthal
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag der Köln-SPD

Antragstext

1 Die Friedhofssatzung der Stadt Köln untersagt unter § 6 (i) auf Friedhöfen „zu
2 lärmern, zu spielen, zu joggen oder sonstige sportliche Aktivitäten mit oder ohne
3 Sportgerät zu betreiben“. Ebenso sagt diese aber auch unter § 2 (2), dass „die
4 parkähnliche Gestaltung der Friedhöfe einen erheblichen Freizeit- und
5 Erholungswert für die Bevölkerung [darstellt]“.

6 Wir als Jusos Köln unterstützen die besondere Stellung eines Friedhofs als Ort
7 der Ruhe und des Gedenkens, sehen aber auch Chancen in der darüberhinausgehenden
8 gesellschaftlichen Nutzung dieser Flächen. Wir schlagen vor, die Satzung
9 dahingehend zu ändern, dass die Verstorbenen durch eine respektvolle Nutzung der
10 Grünflächen in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden.

11 Deshalb fordern wir die Ratsfraktion der Köln-SPD auf, im Rat der Stadt Köln
12 darauf hinzuwirken, das Joggen und Walken in der Satzung zuzulassen, Bänke und
13 verschlossene Mülleimer aufzustellen und durch dem Ort angemessene
14 Veranstaltungen, z.B. Beleuchtung und Gedenkveranstaltungen mit musikalischer
15 Begleitung, den Bürger*innen der Stadt Köln Friedhöfe als nutzungswerten Raum
16 näherzubringen.

17
18 Kölner Friedhöfe sollen ein Ort lebendiger Erinnerung werden, die Tod und
19 Sterben als natürlichen, wenn auch schmerzhaften Teil unserer Gesellschaft
20 begreifen. Darüber hinaus muss jedoch gewährleistet werden, dass bei aller
21 Lebendigkeit auch Trauernde weiterhin ungestört trauern dürfen. Joggen und
22 Radfahren sollte sich daher auf die Hauptwege beschränken. Kölner Friedhöfe
23 sollen für alle Bürger*innen als Erholungsort erlebbar und verfügbar sein. Da
24 sie in unserer schnelllebigen Stadt jedoch den letzten Ort der Ruhe darstellen,
25 sollte diese Ruhe auch weiterhin bewahrt werden. Private Zusammenkünfte mit
26 Musik sollten daher außerhalb des Friedhofs stattfinden.

Begründung

Friedhöfe sind ein Ort von besonderer Bedeutung, an dem Menschen ihrer Angehörigen gedenken und liebevoll die Grabanlagen pflegen. Zugleich sind die Friedhöfe ein abgeschiedener Ort, den nur wenige Menschen besuchen und der die Verstorbenen so vom gesellschaftlichen Leben trennt. Das wollen wir ändern. Anders als in Köln ist das Joggen in Städten wie Berlin, Frankfurt, Dresden, Bremen und auf ausgewählten Friedhöfen in München nicht verboten. Ähnlich wie dort möchten wir auch in Köln die Lebenden wieder auf die Friedhöfe holen. Die Befürchtung, dass die Friedhöfe dadurch zweckentfremdet würden, hat sich dort nicht bestätigt. Zusammenkünfte mit verstärkter Lärmbelästigung beispielsweise, die meist in den Abendstunden auftreten, sind ohnehin nicht möglich, da der Zugang zu Kölner Friedhöfen nur innerhalb fester Öffnungszeiten möglich ist. Der Melaten-Friedhof im Herzen unseres Stadtbezirks Lindenthal beispielsweise bietet mit seinen 435.000 m² Grünfläche genügend Raum für Freizeitaktivitäten, der bisher jedoch weitestgehend ungenutzt bleibt. Dem Architekten war es ebenfalls wichtig, die Einbindung des Friedhofs in das öffentliche Leben zu bewirken. In einer Gesellschaft, die zunehmend den Wert intakter Ökosysteme schätzen lernt, dürfen wir hier nicht die Chance verpassen, bereits vorhandenen Raum effizient zu nutzen.

A14 Das ist meine Wohnung und das bleibt auch so!

Antragsteller*in: SB Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Antragstext

1 Wir fordern einen Stopp der Genehmigungen zur Umwandlung von Miet- in
2 Eigentumswohnungen in Köln für 5 Jahre. Nach 2,5 Jahren soll die Maßnahme
3 evaluiert werden. Sie kann ggf. verlängert oder beendet werden, je nachdem, wie
4 die Auswirkungen auf dem Mietenmarkt ausfallen sollten.

Begründung

Köln gilt als Gebiet mit einem besonders angespannten Wohnungsmarkt. Jedes Jahr steigen die Mieten. Menschen, die nach Köln ziehen möchten, finden keinen bezahlbaren Wohnraum. Aber auch bereits ansässige Kölner*innen werden aus ihrem Wohnraum verdrängt. Eine Möglichkeit für Vermieter*innen, mehr Profit aus ihren Wohnungen zu erhalten, ist die Umwandlung von einer Miet- in einer Eigentumswohnung. So können Häuser stückchenweise verkauft werden, der Ertrag ist dabei höher als bei einem Verkauf der gesamten Immobilie.

Aktuell müssen solche Umwandlungen in Köln genehmigt werden, vorher muss eine sog. Abgeschlossenheitsbescheinigung erstellt werden. Diese wird jedoch immer dann erteilt, wenn es sich um eine vollständige Wohnung handelt, also in fast jedem Fall. Sollte eine Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt werden, hat der*die aktuelle Mieter*in ein Vorkaufsrecht. Die meisten Mieter*innen sind allerdings nicht in der Lage, eine Eigentumswohnung zu erwerben.

Sollte die Mietwohnung verkauft werden, haben Mieter*innen einen Kündigungsschutz von drei Jahren. Aber bei einer Familie mit Kindern, die noch zur Schule gehen, sind drei Jahre unserer Meinung nach nicht ausreichend, um eine Planungssicherheit zu erreichen. Letztendlich werden Mieter*innen aus ihren Wohnverhältnissen verdrängt, damit Eigentümer*innen mehr Profit machen können. Dieses wollen wir in Köln verhindern. Mieter*innen sollen eine sichere Wohnperspektive haben, Mietpreissteigerungen müssen endlich gestoppt werden.

A15 Müll, verschwinde aus unserem Veedel!

Antragsteller*in: Jusos Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag KölnSPD

Antragstext

1 Aufgrund der zunehmenden Verschmutzung der Wohnräume und öffentlichen Plätze
2 innerhalb verschiedener Veedel, zum Beispiel im Stadtbezirk Kalk, fordern wir
3 eine Aufklärungskampagne zum Thema Abfall- und Müllentsorgung von der Stadt
4 Köln. Die Aufklärungskampagne soll in Kooperation mit der AWB durchgeführt
5 werden. Zielgruppe soll die ansässige Bevölkerung sein. Hierzu sollen
6 Veranstaltungen zum Beispiel an örtlichen Schulen, Kindertagesstätten,
7 Jugendzentren und anderen Orten des öffentlichen Lebens stattfinden. Ziel dieser
8 Kampagne soll eine umfassende Aufklärung zum Thema Abfall- und Müllentsorgung
9 sein. Sie soll die Notwendigkeit von Mülltrennung und regelgerechter
10 Abfallentsorgung sowie die Vorteile eines sauberen Veedels kommunizieren.

Begründung

Die zunehmende Bevölkerungsdichte/Besiedlungsdichte der Kölner Veedel und die dadurch abnehmende Wohnraumfläche pro Bewohner*in innerhalb der stark besiedelten Bezirke lassen sich nicht nur durch höhere Mieten und vollere Einkaufszentren erkennen. Auch die Forderung nach öffentlich nutzbaren Flächen innerhalb der Wohnbezirke steigt. Spielplätze, Parkanlagen, aber auch Gehwege und Straßen werden von der Bevölkerung benutzt und benötigt. Um eine zufriedenstellende Nutzbarkeit zu gewährleisten sind regelmäßige Sanierungs-, Wartungs- und Säuberungsarbeiten der genannten Flächen nötig. Auffällig ist jedoch, dass in den dicht besiedelten Bezirken zunehmend unterschiedlichste Arten von Müll auf den Straßen und den öffentlichen Plätzen zu finden sind. Neben den Klassikern wie Verpackungen vom Schnellimbiss/Fastfood und Drogen wie Zigaretten, Alkohol u.W. sind auch vermehrt Sperrmüll und Elektro-Altgeräte zu finden. Teilweise verbleiben diese Ansammlungen über mehrere Tage bis Wochen an den Straßenrändern. Daher sind wir der Ansicht, dass vermehrtes Müllaufkommen und nicht getätigte Entsorgungen dieses Abfalles weder dem Stadtbild noch einer weiteren Nutzung der betroffenen Flächen dienlich sind. Menschen brauchen sauberen Freiraum. Kinder erst recht.

A16 Niemand hat die Absicht Videoüberwachung einzurichten!

Antragsteller*in: SB Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag der SPD Köln

Antragstext

1 Die Jusos sind grundsätzlich gegen Videoüberwachung. Sollte eine
2 Videoüberwachung jedoch dennoch eingerichtet werden, so fordern wir, dass in
3 Bezug auf neu einzurichtende Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen
4 Bereichen in Kommunen

5 - im Vorfeld die kommunalen Vertreter*innen entsprechend der jeweiligen
6 kommunalen Zuständigkeitsordnung in einer Beschlussvorlage darüber informiert
7 werden müssen,

8 - eine Zustimmung oder Stellungnahme entsprechender Vertreter*innen zur
9 Beschlussvorlage nach der jeweiligen Zuständigkeitsordnung erfolgen muss,

10 - im Vorfeld eine Information an die im unmittelbaren Umfeld befindlichen
11 Anwohner*innen mit einer Möglichkeit zur Stellungnahme stattfinden muss.

Begründung

Aktuell werden in Kalk neue Kameras zur Videoüberwachung durch die Polizei installiert. Auch andere Orte in Köln, wie die Flächen rund um Dom und Hauptbahnhof, Ringe oder der Wiener Platz werden bereits durch die Polizei überwacht. Begründet wird dies durch ein erhöhtes Aufkommen von Kriminalität an jenen Orten. Als Jusos stellen wir uns klar gegen Videoüberwachung zum Einsatz der Kriminalitätsbekämpfung, da die Rechte des Einzelnen massiv eingeschränkt werden, um einen vergleichsweise geringen Effekt zu erzielen. Gerade in Kalk ist das nun zu überwachende Gebiet vor allem auch durch Wohnbebauung und kleinere gewerbliche Nutzungen geprägt. Keine*r der Anwohner*innen wurde jedoch im Vorfeld über die Planungen informiert. Auch die demokratisch gewählten Vertreter*innen in Bezirksvertretung und Stadtrat wurden nicht in die Planungen miteinbezogen und mussten aus der Presse davon erfahren. Nun regt sich auch im Viertel erheblicher Widerstand gegen die Videoüberwachung. Die Polizei ist jedoch nicht

A16 Niemand hat die Absicht Videoüberwachung einzurichten!

bereit, die Planungen zu verändern. Aktuell muss sie das auch nicht. Videoüberwachung kann an öffentlichen Plätzen nach §15 PolG NRW durch die Polizei installiert werden, solange es sich um sog. Kriminalitätsschwerpunkte handelt.

Dabei wird hier der Fokus auf den falschen Schwerpunkt gelenkt. Statt Kriminalität durch mehr Personal bei der Polizei oder durch Präventionsarbeit zu bekämpfen, wird die Freiheit der Kölner*innen eingeschränkt. Um dem entgegenzuwirken, sollen in Zukunft zumindest die örtlichen Akteur*innen miteinbezogen werden, wenn ein solches Projekt ansteht.

A17 Suchen bis der Arzt kommt!

Antragsteller*in: SB Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRWJusos, Parteitag der
KölnSPD

Antragstext

1 Wir fordern eine Verbesserung der hausärztlichen Versorgung, insbesondere für
2 neu zugezogene Personen, indem die Einwohnermeldeämter jeder neu angemeldeten
3 Person eine*n Hausätz*in mit Behandlungskapazitäten in Wohnortnähe vorschlagen.

4 Hierfür soll ein Datenaustausch zwischen Krankenkassen, kassenärztlicher
5 Vereinigung und Kommunen ermöglicht werden. Es besteht für die Bürger*innen
6 keinerlei Zwang, dem Vorschlag der Behörde zu folgen. Wird der Vorschlag
7 angenommen, sollen die Einwohnermeldeämter die personenbezogenen Daten an die
8 Ärzt*innen übermitteln dürfen, sodass eine Aufnahme in die Kartei erfolgt und
9 ein Behandlungsplatz garantiert wird.

Begründung

erfolgt mündlich

A18 Gesamtschulen first!

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz NRWJusos

Antragstext

1 Wir fordern die priorisierte Förderung von Gesamtschulen gegenüber anderen
2 weiterführenden Schulformen hinsichtlich ihrer Ausstattung auf technischer und
3 personeller Ebene (z.B. die Einstellung fachspezifischen Personals, wie
4 Sonderpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen oder Einzelfallbetreuer*innen) sowie
5 bei Renovierungen und Sanierungen. Ziel soll es dabei sein, Gesamtschulen in
6 ihren inklusiven und integrativen Arbeitsweisen zu unterstützen. Durch diese
7 Maßnahmen soll es auch möglich sein, Gymnasien zu fördern, welche sich
8 entschließen, ihr Schulmodell auslaufen zu lassen und an gleicher Stelle eine
9 Gesamtschule gründen zu wollen. Langfristig soll damit ein sukzessiver Übergang
10 zur "Schule für Alle" gewährleistet werden.

Begründung

In Deutschland ist der Schul- und Bildungserfolg so sehr wie in kaum einem anderen Land in Europa von der sozialen Herkunft abhängig. Dies bestätigen zahlreiche Studien, darunter auch PISA. Nachweislich diskriminiert das "mehrgliedrige Schulsystem" besonders Kinder aus sozial schwächeren oder "bildungsferneren" Familien sowie Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte. Gleichzeitig sind es gerade diese Schüler*innen, die auf der nachvollziehbaren Suche nach bildungstechnischem Aufstieg die Gesamtschule besuchen. Wenn die leistungsstärkeren Schüler*innen jedoch überwiegend das Gymnasium besuchen, geht der eigentliche Gedanke einer leistungsdurchmischten Gesamtschule aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft verloren. Die Gesamtschule wird somit immer mehr zu einer Schulform für Schüler*innen mit einem mittleren bis niedrigem Leistungsspektrum. Die Förderung von leistungsstärkeren Schüler*innen wird folglich vernachlässigt. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Gesamtschulen als Aufstiegsorten und gemeinsamen Begegnungsstätten. Gleichzeitig erschwert der Sonderweg der Gymnasien die schrittweise Einführung der Einheitsschulen in NRW aus den Gesamtschulen heraus.

Für uns als Sozialdemokrat*innen ist dieser Antrag nur konsequent, war die SPD doch schon immer eine große Vertreterin der Chancengleichheit. Auch ist in Zeiten einer sich separierenden und

auseinanderdriftenden Gesellschaft sozialer Zusammenhalt und Austausch von besonderer Bedeutung. Gerade hinsichtlich einer heterogenen Schüler*innenschaft kann dies ein wichtiger Schritt sein, ohne die hohen Leistungsstandards der Gymnasien aufgeben zu müssen.

A19 Katar-WM boykottieren!

Antragsteller*in: Jusos Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der Jusos NRW, Parteitag der
SPD Köln

Antragstext

1 **Die Herren-FIFA Fußball WM 2022 in Katar ist aus menschenrechtlicher, ethischer**
2 **und ökologischer Perspektive verurteilenswert. Deshalb rufen wir alle dazu auf,**
3 **die WM nicht zu unterstützen.**

4 **Zusätzlich fordern wir den DFB dazu auf, die WM in Katar zu boykottieren und**
5 **nicht an dem Wettbewerb teilzunehmen.**

6
7 **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen offiziell ausgesprochenen**
8 **diplomatischen Boykott der WM durch die EU einzusetzen. Sollte dies nicht**
9 **möglich sein, ist auch notfalls ein alleiniger diplomatischer Boykott**
10 **Deutschlands zu verkünden und durchzuführen.**

Begründung

Den Berichten zufolge arbeiten die Menschen auf den Baustellen unter schwersten körperlichen und klimatischen Bedingungen. Sie werden ausgebeutet, Löhne werden oft nicht fristgerecht gezahlt, Pässe werden einbehalten. Mehr als 6.500 von ihnen sollen durch die schwere Arbeit und hohen Temperaturen vor Ort (bis zu 50° C) umgekommen sein, genaue Todeszahlen werden jedoch unter Verschluss gehalten. Zusätzlich werfen Berichte über korrupte Geschäftspraktiken der FIFA Zweifel auf die Legitimität der Vergabe des Wettbewerbs an Russland sowie an Katar. Diese Vergabep Praxis spiegelt sich auch in der Vielzahl an Faktoren wider, die für einen reibungslosen Betrieb des Wettbewerbs angepasst werden müssen, darunter die Verschiebung der Spiele in die Winterzeit und das künstliche Herunterkühlen der Stadien.

Dies zeigt, dass die WM 2022 aus menschenrechtlicher, ethischer und ökologischer Perspektive zu boykottieren ist. Für uns als Jusos verstößt dieser Wettbewerb gegen mehrere unserer Grundsätze, weshalb wir alle dazu auffordern, ihn nicht zu unterstützen.

(1)

https://www.theguardian.com/global-development/2021/feb/23/revealed-migrant-worker-deaths-qatar-fifa-world-cup-2022?utm_term=Autofeed&CMP=tw_t_gu&utm_medium&utm_source=Twitter#Echobox=16140606-88

(2) <https://www.gq-magazin.de/entertainment/artikel/fifa-wm-katar-2022-sepp-blatter-korruption>

A20 Die Schland-Kart

Antragsteller*in: SB Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der Jusos NRW

Antragstext

1 Zur Reduktion der aktuell weltweit unverhältnismäßig hohen Preise für
2 Grafikkarten fordern wir, dass die Bundesrepublik Deutschland in die Produktion
3 dieses wichtigen Wirtschaftszweiges mit eingreift und selbst Grafikkarten
4 produziert. Diese ‚Schland-Kart‘ soll vor Ort produziert und global vertrieben
5 werden. In Einigkeit und Recht auf Grafikkarten.

Begründung

Auch im Jahr 2021 haben die Preise für Grafikkarten wieder Negativrekorde aufgestellt. Ein Zustand, der nicht nur dem Ausbau digitaler Infrastruktur entgegensteht, sondern auch dem Geldbeutel tausender Privathaushalte. Die finanzielle Hürde zur Anschaffung von Computern in privaten Haushalten wird damit also zusätzlich erhöht. Ein Hindernis, das besonders im ‚Home Schooling‘ eine Problematik darstellt. Grund für die absurd hohen Preise von Grafikkarten sind die aktuell hohe Nachfrage, Lieferengpässe durch die Pandemie und Kryptomining. Im Sinne eines sozialen und sozialistischen Miteinanders bleibt unserer Republik nur ein Ausweg. Die Volksgrafikkarte! Denn der Markt regelt eben nicht alles.

A21 Arbeitsbezogene Gleichstellung aller junger Menschen in stationären Einrichtungen

Antragsteller*in: SB Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der Jusos NRW

Antragstext

1 Um der dramatischen Lebenssituation von jungen Menschen in vollstationären
2 Einrichtungen gerecht zu werden und ihnen besonderen Schutz zu gewährleisten
3 fordern wir die Abschaffung des §94 Abs. 6 SGB VIII, wonach betroffene junge
4 Menschen teilweise 75 Prozent ihres erworbenen Einkommens an die staatlichen
5 Institutionen abgeben mussten. Diese finanzielle Abgabe kommt unter
6 Berücksichtigung der individuellen Lebensgeschichten und den sozialen
7 Verhältnissen einer verordneten Armut dieser jungen Menschen gleich. Trotz einer
8 Veränderung der Abgabenlast des Einkommens von 75 Prozent auf 25 Prozent kann
9 nicht angenommen werden, dass die Problematik der indirekt verordneten Armut
10 durch staatliche Seite bei betroffenen Person behoben wurde und dass der
11 Grundsatz des ersten Artikels des SGB VIII im Wesentlichen erfüllt ist.

12 Der Grundsatz, dass junge Menschen eine eigenverantwortliche, selbstbestimmte
13 und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit entwickeln sollen, ist durch die Hürde
14 der Einkommensabgabe stark beschnitten, wenn nicht sogar fast unerreichbar.
15 Diese Annahme lässt sich dadurch begründen, dass jungen Menschen in
16 vollstationären Einrichtungen die Motivation für den Start in eine finanzielle
17 Selbstständigkeit durch die Drosselung des Einkommens genommen wird und somit
18 auch in einem gewissen Rahmen die Sinnhaftigkeit bzw. die Wichtigkeit ihres
19 Berufes für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der
20 Bundesrepublik Deutschland.

21 Personen in vollstationären Einrichtungen soll hierdurch ermöglicht werden,
22 trotz ihrer prekären Verhältnisse und ihrer traumatischen Erlebnisse in der
23 Vergangenheit vollumfänglich am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in
24 der Bundesrepublik Deutschland teilzunehmen. Der zusätzliche Lohn soll außerdem
25 dazu dienen, die ersten Schritte in ein eigenständiges Leben der Betroffenen zu
26 gewährleisten. Dies kann sich beispielsweise in der Finanzierung einer privat

27 oder staatlich geförderten Wohnung zeigen.

Begründung

Das Sozialgesetzbuch zur Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), welches im Jahre 1990 auf den Weg gebracht wurde, legt in seinem ersten Artikel in Absatz 1 den Grundsatz fest, dass jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat. [1]

Neben der eingeschränkten beruflichen Sinnhaftigkeit findet durch die Einkommensminimierung eine weitere Verschärfung der sozialen Ausgrenzung statt, welche die Betroffenen bereits in ihrer Vergangenheit auf Basis ihrer Lebenssituation in ihrem sozialen Umfeld erleben mussten, wie es am Beispiel von Waisenkindern beobachtet werden kann. [2] Die Verschärfung der sozialen Ausgrenzung zeigt sich insbesondere dadurch, dass es den jugendlichen Personen nicht ermöglicht wird am vollumfänglichen sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen [3], welches das Recht der Persönlichkeitserziehung der jungen Personen nach Artikel 1 des SGB VIII vorsieht.

[1] Vgl. SGB VIII §1

[2] Vgl. Johannes-Kuhn-Stiftung, 2021

[3] Vgl. taz, 2019

A23 Kein Fahrschein für's Gefängnis mehr

Antragsteller*in: SB Nippes
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Wir fordern, dass das Fahren ohne Fahrschein im Zugverkehr künftig nicht mehr
2 mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bei nicht bezahlten Strafzahlungen geahndet
3 werden darf. Auch eine Beugungshaft lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir die
4 Möglichkeit, solche Vergehen mit Sozialstunden zu kompensieren.

Begründung

Ein Gesetz, welches in der Zeit des Nationalsozialismus eingeführt wurde und das dazu führt, dass beispielsweise Menschen die am Existenzminimum leben oder Menschen mit (psychischen) Erkrankungen in ein Gefängnis eingesperrt werden, ist nicht nur ungerecht sondern auch nicht mehr zeitgemäß und widerspricht dem Bild des Sozialstaates für das wir als Jusos uns einsetzen. Es ist außerdem auch vor dem Hintergrund der enormen Auslastung der Gefängnisse nicht mehr tragbar [vgl. 1]. Die Auslastung beträgt in manchen Bundesländern bis zu 100 Prozent [3]. Wegen des Fahrens ohne gültigen Fahrausweis sitzen jährlich circa 7000 Menschen in Deutschland im Gefängnis [vgl. 2]. Dies sind Zahlen, die wir so nicht hinnehmen können. Auch die Kapazitäten der Gerichte sind in Deutschland am Limit, weshalb solche verhältnismäßig harmlosen Straftaten für uns eine unnötige Belastung des Justizwesens darstellen [4].

[1] [Haftanstalten - Hoffnungslos überfüllt \(deutschlandfunk.de\)](https://www.deutschlandfunk.de/haftanstalten-hoffnungslos-ueberfullt-10077776.html)

[2] <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/gefaengnisse-in-deutschland-sind-offenbar-in-allen-bundeslaendern-ueberlastet-a-1204630.html>

[3] <https://taz.de/Haftstrafen-fuer-Schwarzfahren/!5529577/>

[4] [Deutschlands Justiz: überlastet und überaltert - ZDFmediathek](https://www.zdfmediathek.de/video/justiz-ueberlastet-und-ueberaltert-10077776.html)

A24 Der Rabbich-Kodex

Antragsteller*in: JUBV
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Antragstext

1 Die UBDK möge den von verschiedenen Genoss*innen auf der Vorstandsklausurtagung
2 initialisierten und vom JUBV erarbeiteten Rabbich-Kodex als Grundlage unseres
3 gemeinsamen Umgangs beschließen:

Rabbich-Kodex

5 Dieser Kodex kann fortlaufend angepasst und bestätigt werden. Die neueste
6 Fassung ist stets auf der Website der Jusos Köln zu finden.

Präambel

8 Die Jusos erfüllen mit ihrer Arbeit mehrere Aufgaben: Sie sind ein Safe Space,
9 verstehen sich als progressive Kraft innerhalb der Partei, leisten mit ihrer
10 Arbeit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte und politisieren junge
11 Menschen.

12 Die Arbeit im Verband kann nur dann gelingen, wenn die Mitglieder das
13 Miteinander im Verband so gestalten, dass ein nachhaltiges Engagement in den
14 Verbandsstrukturen und darüber hinaus möglich und erstrebenswert ist.
15 Diskriminierendes und diskreditierendes Verhalten jedweder Art dulden wir in
16 unserem Verband nicht; die Achtung voreinander nimmt einen hohen Stellenwert
17 ein.

18 Der Rabbich-Kodex dient als Leitschnur für das Verhalten aller Mitglieder
19 innerhalb der Jusos. Den Vorstandsmitgliedern in Juso- und weiteren
20 Parteistrukturen kommt eine zentrale Rolle zu. Daher sollten sie die nachfolgend
21 formulierten Grundsätze des Miteinanders in ihrer Arbeit jederzeit in besonderem
22 Maße vorleben.

23 **Elemente des Kodex**

24 **1. Das Miteinander im Allgemeinen**

25 Das grundsätzliche Interesse der Jusos gilt der politischen Arbeit. Um diese für
26 alle bereichernd zu gestalten, schaffen die Mitglieder ein Miteinander, in dem
27 unsere Grundwerte und unsere weiteren politischen Standpunkte gelebt werden.
28 Dieses Verhalten leben die Mitglieder nicht nur untereinander, sondern auch in
29 der Zusammenarbeit mit anderen Gliederungen, Organisationen und Initiativen.

30 Die Mitglieder begegnen im Kontext der Verbandsarbeit ihren Gegenübern mit
31 Respekt und Offenheit. Sie bleiben auch in aufgeheizten Diskussionen auf der
32 Sachebene, lösen Konflikte mit Argumenten und vermeiden persönliche Attacken.
33 Dabei handeln und äußern sie sich transparent und integer, indem sie ihr Handeln
34 oder ihre Einstellung begründen und sich im Einklang mit den Werten des
35 Verbandes verhalten.

36 **2. Direkt und offen kommunizieren**

37 Im demokratischen Austausch und der politischen Arbeit der Jusos geht es darum,
38 mithilfe sachbezogener Argumente die beste Lösung bzw. den besten
39 Zukunftsentwurf zu gestalten. Die Mitglieder und insbesondere die
40 Vorstandsmitglieder in Juso- und Parteistrukturen kommunizieren zu diesem Zweck
41 offen Argumente und, sofern möglich, Strategien. Alle Mitglieder bleiben in
42 Debatten fair und leben einen positiven Umgang mit abweichenden Standpunkten
43 (siehe Kodex-Punkt Nr. 5).

44 Die offene Kommunikation endet im Juso-Verband nicht auf der Sachebene. Auch im
45 persönlichen Miteinander achten alle Mitglieder darauf, direkt statt über Ecken
46 zu kommunizieren. Hinter vorgehaltener Hand über andere zu reden, lehnen die
47 Jusos ab. Anstatt der offenen Meinungsbildung vorzugreifen, sollten insbesondere
48 Neumitglieder nicht durch Erzählungen über andere Mitglieder vereinnahmt werden.
49 Alle Juso-Mitglieder bringen Kritikpunkte daher vor allem im persönlichen
50 Gespräch mit den betreffenden Personen offen und konstruktiv an, anstatt ihren
51 Unmut bei Dritten kundzutun.

52 **3. (Neu)-Mitgliedern offen begegnen**

53 Es ist immer ein Grund zur Freude, wenn sich neue Personen bei den Jusos
54 einbringen und mit ihrer Arbeit die politischen Standpunkte des Verbands fördern
55 möchten. Damit sie sich im Verband gut aufgehoben fühlen, achten die Mitglieder
56 insbesondere Neumitgliedern gegenüber darauf, sich entsprechend des Rabbich-
57 Kodex zu verhalten.

58 In der politischen Arbeit herrschen einige Gewohnheiten, mit denen gerade
59 Neumitglieder sich erst vertraut machen müssen. Dazu gehören beispielsweise die
60 Nutzung quotierter Redelisten, die Möglichkeit zum Stellen von
61 Geschäftsordnungsanträgen und Verständnisfragen sowie die Nutzung von
62 Abkürzungen. Alle, aber besonders die Vorstandsmitglieder in Juso- und weiteren
63 Strukturen achten daher darauf, dass Neumitglieder den Abläufen von Sitzungen
64 und den inhaltlichen Debatten auch bei Verwendung zahlreicher Abkürzungen folgen
65 können. Abkürzungen sollten daher erklärt und auf Regeln hingewiesen werden.
66 Hierauf sollte insbesondere die Redeleitung stets achten.

67 **4. Antidiskriminierung und Empowerment**

68 Die Mitglieder der Jusos machen sich regelmäßig bewusst, dass diskriminierendes
69 und grenzüberschreitendes Verhalten nach wie vor Alltag ist und auch innerhalb
70 des Verbandes vorkommen kann. Dennoch verstehen sich die Jusos als ein Safe
71 Space für ihre Mitglieder. Deswegen weisen alle Mitglieder auf
72 grenzüberschreitendes, diskriminierendes und diskreditierendes Verhalten und
73 ebensolche Äußerungen hin und versuchen, eine Einsicht bei den Handelnden zu
74 erzeugen.

75 Die Vorsitzenden der Gliederungen weisen regelmäßig auf die bestehenden
76 Awareness-Strukturen hin, damit Betroffene sich bei Bedarf an die jeweiligen
77 Ansprechpartner*innen wenden können.

78 Als Verband, der sich für Chancengleichheit einsetzt, ist Empowerment Teil der
79 alltäglichen Juso-Arbeit. Unter Empowerment verstehen wir, dass Mitglieder in
80 ihrem Handeln bestärkt und unterstützt werden. Insbesondere marginalisierten
81 Personen – inner- und außerhalb des Verbandes – hilft Empowerment dabei, sich
82 Gehör zu verschaffen. Die Mitglieder bestärken marginalisierte Personen daher in
83 ihrem Engagement und ihrer Arbeit und ermutigen sie in angemessenem Maß dazu,
84 Wortbeiträge zu halten, für Ämter zu kandidieren oder sich anderweitig
85 inhaltlich und organisatorisch an der Juso-Arbeit zu beteiligen. Strukturen wie
86 die BIPOC-Vernetzung oder der Rote Salon dienen hierbei als Unterstützung.

87 **5. Umgang mit abweichenden Standpunkten**

88 Jenseits fester roter Linien gehen die Jusos offen mit Standpunkten um, die
89 nicht der eigenen Position entsprechen, solange sie nicht konträr zu den Werten
90 des Verbandes sind. Die Mitglieder verstehen es als Stärke, sich eine eigene
91 Meinung zu Umständen zu bilden – auch dann, wenn sie selbst die Position einer
92 anderen Person nicht teilen. Sie nutzen Standpunkte, die nicht den eigenen
93 entsprechen, um ihre eigene Meinung zu reflektieren und ihre Argumente zu
94 schärfen. Dabei respektieren sie jedoch auch andere Meinungen und
95 Entscheidungen. Die Debatte soll auch bei inhaltlich abweichender Sicht auf die

96 Dinge freundlich bleiben. Daher achten die Mitglieder darauf, despektierliche
97 Mimik, Gestik und einen abwertenden Tonfall zu vermeiden.

98 Zur politischen Arbeit gehört es auch, im Regelfall offen gegenüber anderen
99 Meinungen zu sein und die Argumente und ggf. persönlichen Erfahrungen des
100 Gegenübers zu verstehen. Eine Konsensfindung hilft bei der politischen Arbeit an
101 vielen Stellen weiter. Dabei respektieren die Mitglieder jedoch, dass eine
102 Kompromissfindung kein Muss ist und es auch Ambivalenzen geben kann, für die
103 keine gemeinsame Positionierung möglich ist.

104 **6. Reflexion des eigenen Verhaltens**

105 Die Mitglieder der Jusos überdenken regelmäßig, ob sie mit ihrem Verhalten den
106 Werten des Verbandes gerecht werden. Hierzu können auch Formate genutzt werden,
107 die sich zum Beispiel mit kritischer Männlichkeit und/oder Critical Whiteness
108 auseinandersetzen. Auch jenseits von diskriminierendem Verhalten hinterfragen
109 die Mitglieder insbesondere in Konfliktsituationen, ob ihr Verhalten im Sinne
110 des Verbandes war. Sie können hierzu auch das Gespräch mit einer*einem Gegenüber
111 suchen. Die Jusos begegnen Verhaltensreflexionen und Entschuldigungen von
112 Mitgliedern wohlwollend.

113 Kritisches Denken und Hinterfragen des Status Quo gehören zum Juso-Dasein
114 untrennbar dazu. Das darf auch vor den eigenen Strukturen nicht Halt machen. Zur
115 Reflexion gehört daher auch, diese regelmäßig zu hinterfragen und geltende
116 Regeln und Gewohnheiten nicht blindlings zu übernehmen.

117 **Schlussbemerkung**

118 Um Wirkung zu entfalten, muss der Rabbich-Kodex den Mitgliedern bekannt sein.
119 Die Vorstandsmitglieder aller lokalen Juso-Strukturen sind aufgerufen, bei
120 Sitzungen und weiteren Gelegenheiten zu diesem Ziel beizutragen. Der
121 Unterbezirksvorstand nimmt den Kodex zudem jährlich in sein Arbeitsprogramm auf
122 und hält ihn auch hierdurch im Gedächtnis. Auch über die Juso-Gliederungen
123 hinaus sollten andere Parteistrukturen und die Jugendorganisationen anderer
124 Parteien von dem Kodex Kenntnis nehmen.

125 **Glossar**

126 **Die Mitglieder der Jusos** meint alle Mitglieder der Jusos Köln - Mitglieder mit
127 Ämtern ebenso wie Mitglieder, die kein Amt innehaben.

128 **Die Vorsitzenden der Gliederungen** meint die Vorsitzenden der
129 Arbeitsgemeinschaften, Stadtbezirke und des JUBV.

130 **Die Vorstandsmitglieder in Juso- und weiteren Parteistrukturen** meint
131 Vorstandsmitglieder der Stadtbezirke, Arbeitsgemeinschaften, des Unterbezirks-,
132 Landes- und Bundesvorstands sowie die Vorstandsmitglieder von SPD-Gliederungen
133 und SPD-Arbeitsgemeinschaften.

134 **Rabbich** - Der Name dieses Kodex geht auf den Essener Antifaschisten Heinrich
135 Rabbich zurück, der als Jugendlicher die "Freie Jugend" und die "Freie
136 Arbeiterjugend" mitgegründet hat und somit einer der "Väter" unseres
137 Schwesternverbandes "Die Falken" ist.

Begründung

Während der Klausurtagung im vergangenen Jahr haben sich der JUBV, einige Stadtbezirksvorsitzende und verschiedene Genoss*innen ohne Ämter intensiv über die Diskussionskultur und den Umgang in unseren Strukturen ausgetauscht. Aus den damaligen Überlegungen hat der JUBV diesen Kodex erarbeitet. Darin sind die Grundsätze einer für alle angenehmen Atmosphäre des zwischenmenschlichen Umgangs festgelegt. Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

A25 Genoss*innen aller Veedel, beteiligt Euch! Unser Arbeitsprogramm für das Jahr 2022.

Antragsteller*in: JUBV
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Antragstext

1 **Genoss*innen aller Veedel, beteiligt Euch!**

2 Mit dem Arbeitsprogramm legen die Jusos Köln bei ihrer
3 Unterbezirksdelegiertenkonferenz für ein Vorstandsjahr ihre inhaltliche Agenda
4 fest. Es umfasst sowohl inhaltliche Schwerpunkte sowie strukturelle
5 Gegebenheiten, die vom gewählte Juso Unterbezirksvorstand umgesetzt werden
6 müssen. Über dieses Arbeitsprogramm wird am Ende eines jeden Vorstandsjahres
7 Rechenschaft abgelegt.

8 **Schwerpunkte**

9 **Damit NRW wieder rot wird!**

10 Die Organisation und Planung des Landtagswahlkampfes wird durch das
11 Wahlkampfteam organisiert, welches sich im Januar 2022 konstituiert hat. Dabei
12 ist eine enge Zusammenarbeit mit dem JUBV unerlässlich und wird durch die
13 Mitarbeit einiger JUBV-Mitglieder gesichert. Das Wahlkampfteam ist frei in der
14 Gestaltung und Umsetzung des Wahlkampfes. Der JUBV hat vor allem eine
15 unterstützende und beratende Funktion. Außerdem ist der JUBV verpflichtet bei
16 der Mobilisierung zu Aktionen (online wie offline) und Social-Media-Kampagnen zu
17 unterstützen. Wahlkampfmittel, die der JUBV vom SPD Unterbezirk erhält, sind dem
18 Wahlkampfteam mitzuteilen und diesem vollständig zur Verfügung zu stellen.

19 Mit Lena Teschlade im Landtagswahlkreis 16 (Chorweiler und Teile von Nippes) und
20 Florian Schuster im Wahlkreis 18 (Teile von Kalk und der Innenstadt) wurden
21 unsere Juso-Kandidierenden auf der Wahlkreisdelegiertenkonferenz der KölnSPD
22 nominiert. Wir werden unseren Wahlkampf entsprechend zur besten Unterstützung

23 unserer Kandidierenden ausrichten.

24 **Soziale Gerechtigkeit at its best!**

25 Soziale Gerechtigkeit ist für uns Jusos Teil unserer DNA. Der Kampf für
26 Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in der Gesellschaft bildet für uns die
27 Grundlage unseres politischen Handelns. Während der Corona-Pandemie sind viele
28 Probleme sehr deutlich geworden: ob im Gesundheitsbereich oder im Bildungssektor
29 – überall sorgt der jahrelange Sparkurs der Union und das Zunehmen des
30 Neoliberalismus für ein Auseinandergehen der Vermögensschere zwischen Arm und
31 Reich. Deshalb ist für viele einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen der Zugang
32 zu außerschulischer Bildung, kultureller und gesellschaftlicher
33 Teilhabemöglichkeiten viel schwieriger als für andere. Wir setzen uns dafür ein,
34 dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher
35 Teilhabe bekommen.

36 **Das beste Köln der Welt!**

37 Köln ist uns wichtig, deshalb setzen wir uns für den Fortschritt ein, statt
38 alles einfach hinzunehmen. Eine moderne Stadt muss mehr sein als unser Köln
39 gerade. Für uns muss eine moderne Stadt digital und klimafreundlich sein, einen
40 gut ausgebauten ÖPNV haben, viele kostenfreie Freizeitaktivitäten in z. B. Kunst
41 und Kultur bieten, bezahlbaren Wohnraum haben und öffentliche Orte des
42 Zusammenkommens bieten. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass alle jungen
43 Menschen – auch Kinder und Jugendliche – ihre Stadt mitgestalten können. Unser
44 Köln soll nämlich das beste Köln der Welt sein.

45 **Einbildung ist noch keine Bildung!**

46 Bildung darf nichts kosten, ist aber nicht umsonst. Der Zugang zu guter und
47 nachhaltiger Bildung muss für alle möglich sein und besonders für diejenigen,
48 die schlechtere Startbedingungen haben als andere. Immer noch entscheidet die
49 Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern über den eigenen Lebensweg, dabei halten
50 sich meritokratische Erzählungen (man müsse sich nur genug anstrengen)
51 hartnäckig. Damit Aufstieg durch Bildung aber wirklich funktionieren kann, darf
52 die Verantwortung nicht bei Einzelnen liegen. Bildung muss so gestaltet werden,
53 dass jede*r Einzelne*n die Chance erhält, sich selbst zu verwirklichen.

54 Als Jusos kämpfen wir für Bildungsgerechtigkeit und die Schaffung von
55 Rahmenbedingungen, die einen Bildungserfolg für alle möglich machen.

56 **Unsere Grundsätze**

57 **Kein Fußbreit dem Faschismus, Antisemitismus und Rassismus!**

58 Sei es in Halle oder in Hanau, überall können wir vermehrt faschistische,
59 antisemitische und rassistische Übergriffe, Anschläge und radikale Tendenzen
60 erkennen. Es ist und bleibt eines unserer Hauptanliegen, dem Faschismus und der
61 Diskriminierung endgültig ein Ende zu setzen. Auch unsere Gesellschaft und unser
62 Sicherheitssystem, sei es der Verfassungsschutz oder die Polizei, müssen
63 erkennen, dass die Gefahr nur aus einer Richtung kommt und zwar von rechts.

64 Es ist für uns ein indiskutabler Grundsatz, dass wir uns den in der Gesellschaft
65 verwurzelten Rassismen und Diskriminierungen und dem daraus resultierenden
66 rechten Gedankentum entgegenstellen.

67 **Null-Toleranz gegenüber jedem Sexismus!**

68 Für uns ist klar: Null-Toleranz gegenüber jedem Sexismus!

69 Als feministischer Richtungsverband ist es unsere Pflicht uns stetig mit dem
70 Thema Sexismus zu beschäftigen und unseren Verband stark zu machen im Kampf
71 gegen sexistische Strukturen sowie Personen innerhalb unserer Partei. Auch 2022
72 ist uns Empowerment von Frauen innerhalb, aber auch außerhalb von
73 Frauennetzwerken wichtig. Als JUBV ist es uns daher ein wichtiges Anliegen, den
74 Roten Salon bei seiner Neuaufstellung zu unterstützen. Besonders bei Themen mit
75 Bezug zu Lebenssituationen von Frauen möchten wir den Genossinnen die Bühne
76 geben, den politischen Diskurs anzuführen.

77 Auch Männer leiden unter den Folgen des patriarchalen Systems. Mit diesem gehen
78 toxische Männlichkeit und sexistische Rollenbilder einher, die unserem
79 Gesellschaftsbild nicht entsprechen. Im Sinne eines intersektionalen Feminismus
80 wollen wir gesellschaftliche Machtstrukturen aus verschiedenen Perspektiven
81 betrachten und uns - auch aus der Perspektive kritisch-solidarischer Männer -
82 mit männlichen Rollenbildern kritisch auseinandersetzen.

83 **Aktionstage**

84 Aktivitäten auf der Straße oder durch Online-Kampagnen, zur Unterstützung
85 unserer politischen Positionen und zum Ausdruck unserer Solidarität gegenüber
86 Initiativen, Bündnissen und Arbeitsgemeinschaften gehören zu unserer täglichen
87 Arbeit. Dabei ist die Unterstützung der einzelnen Juso-Stadtbezirke essenziell,
88 um flächendeckend das städtische Bild zu prägen und den Mitgliedern die
89 politische Teilnahme zu ermöglichen.

90 Daher verpflichten wir uns mindestens an den folgenden Gedenk- und Aktionstagen

91 zu beteiligen:

- 92 • feministischer Kampftag
- 93 • Welttag gegen Rassismus
- 94 • Gedenktag zum Attentat in Hanau
- 95 • Tag der Arbeit
- 96 • Gedenktage für die Opfer der NSU-Anschläge in Köln (Keupstraße &
97 Probsteigasse)
- 98 • Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes
- 99 • Reichspogromnacht, Mauerfall
- 100 • Gedenktag für die Opfer des Völkermordes an Sinti und Roma
- 101 • Holocaust Gedenktag
- 102 • CSD und IDAHOBIT

103 **Grundlagen der Verbandsarbeit**

104 Der JUBV verpflichtet sich im Rahmen der jungsozialistischen Verbandsarbeit, die
105 bereits bestehenden Strukturen weiter auszubauen und mittels der Durchsetzung
106 des Rabbich-Kodexes eine für alle angenehme Diskurs- und Arbeitsatmosphäre zu
107 schaffen (<https://bit.ly/3tsGrFN>).

108 Zu den bestehenden Strukturen und Arbeitsaufträgen zählen:

- 109 • Wöchentliche Plena
- 110 • Neumitgliederarbeit und Aktionen zur Reaktivierung inaktive Mitglieder
- 111 • Pressearbeit
- 112 • Bündnisarbeit
- 113 • Betreuung der Website und Social Media Kanäle
- 114 • Organisation von Themenkonferenzen und min. einmal im Jahr einer UBDK
- 115 • Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Juso Unterbezirken
- 116 • Organisation und Unterstützung der Arbeitskreisen

117 Darüber hinaus sollen Seminare zu den Grundwerten der Jusos stattfinden, welche
118 den Mitgliedern ermöglichen, sich kritisch mit den Fragen und Herausforderungen
119 unserer Zeit auseinander zu setzen.

120 **Social-Media-Arbeit**

121 Auf Grundlage des bereits erarbeiteten Konzepts wollen wir die Social-Media-
122 Arbeit konsequent über das Jahr verfolgen. Im Falle des Landtagwahlkampfs bedarf
123 es hier einer engen Abstimmung mit dem Wahlkampfteam.

124 **Socialist Socialising**

125 Die Jusos Köln feiern ihren 100. Geburtstag nach! Wir wollen ein Jahrhundert
126 sozialistische, feministische und internationalistische Arbeit in der Domstadt
127 zelebrieren.

128
129 Nach dem erfolgreichen Auftakt letztes Jahr soll das Sommercamp in die zweite
130 Runde gehen. Wir freuen uns auf Sommer, Sonne und Sozialismus mit neuen und
131

bekanntem Gesichtern.

A26 Gegen jeden Antisemitismus - Neue Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht unbeantwortet lassen!

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Landeskonzferenz der NRWJusos

Antragstext

1 **Querdenken, AfD, Nahostkonflikt: Neue Phänomene und alte Hüte – Antisemitismus**
2 **benennen**

3 Trotz aller „Nie Wieder“-Bekennnisse nimmt der Antisemitismus und damit die
4 Zahl antisemitischer Straftaten in NRW stark zu. Allein 206 waren es im ersten
5 Halbjahr 2021, im gesamten Jahr davor 276. Deutschlandweit haben sich die
6 antisemitischen Vorfälle seit 2015 fast verdoppelt, von 1366 auf 2351 Fälle im
7 Jahr 2020. Dazu zählen Volksverhetzung, Beleidigungen, Bedrohungen und
8 Körperverletzungen.

9 Laut den Zahlen der Polizeistatistiken kann der Großteil der antisemitischen
10 Straftaten rechtsextremen Motiven zugeordnet werden. Bei Umfragen unter Jüdinnen
11 und Juden in Deutschland werden vor allem Beleidigungen und körperliche Angriffe
12 als mehrheitlich israelbezogen oder islamistisch motiviert empfunden.

13 Obwohl in Deutschland nur 0,1 Prozent aller Menschen jüdischen Glaubens sind,
14 richteten sich 2020 70% aller Angriffe auf Religionsgemeinschaften und ihre
15 Vertreter*innen gegen Jüdinnen und Juden - eine schockierende Zahl.

16 Als Jusos muss es daher unser Anspruch sein, Antisemitismus nie unbeantwortet zu
17 lassen – egal ob er von Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen kommt,
18 aus linken Milieus, mit islamistischem Hintergrund oder aus der Mitte der
19 Gesellschaft.

20 Brunnenvergifter-Mythen in Pandemiezeiten

21 In der Covid-Pandemie bekommen antisemitische Verschwörungstheorien neuen
22 Aufwind. Sei es die „New World Order“ mit Giftspritze und Mikrochip von Bill
23 Gates, oder Attila Hildmann, der zehntausenden Follower*innen ganz ohne Codes

24 erzählt, das Judentum sei für die Pandemie verantwortlich. Dazu kommen diverse
25 Gleichsetzungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit dem
26 Nationalsozialismus, von gelben „Ungeimpft“-Sternen bis zu Jana aus Kassel, die
27 sich fühlt „wie Sophie Scholl“. All das hört und liest man bei Querdenken-Demos
28 und auf einschlägigen Telegram-Channels, bei der AfD und zuweilen auch
29 abgeschwächt bei Hans-Georg Maaßen.

30 Antisemitische Chiffren reproduzieren dabei den Mythos einer jüdischen
31 Weltverschwörung, während durch Holocaust-Relativierungen Schritt für Schritt
32 die Verbrechen der Nazis verharmlost und die Opfer der Shoah verhöhnt werden.
33 Besonders besorgniserregend ist dabei die Gleichgültigkeit derer, die nicht
34 direkt dem rechten Rand zugeordnet werden können und sich selbst als Mitte der
35 Gesellschaft bezeichnen oder es bis vor kurzem sogar waren. Zuweilen ist
36 Antisemitismus dabei gar der gemeinsame Nenner von Rechtsextremen, Linken und
37 Esoteriker*innen.

38 Dass Verschwörungsmythen tödliche Konsequenzen haben können, zeigt der Anschlag
39 von Halle, bei dem der Täter sich im Internet radikalisiert hatte, an eine
40 „jüdische Weltverschwörung“ glaubte und gezielt möglichst viele Betende in einer
41 Synagoge ermorden wollte.

42 Der Jude unter den Staaten

43 Ein Aufflammen des Nahostkonflikts bedeutet leider auch für hier lebende
44 Jüdinnen und Juden eine Gefährdung. Im Mai 2021 gab es in NRW und Deutschland
45 eine Vielzahl von israelfeindlichen und teils islamistischen Demonstrationen,
46 bei denen Vernichtungsparolen und NS-Vergleiche wie "From the river to the sea,
47 palestine will be free", „Ihr Juden, Mohammeds Heer kommt bald wieder“,
48 „Zionismus = Terrorismus“ oder „Well done Israel, Hitler would be proud“
49 skandiert wurden oder bei Demo-Aufrufen und auf Schildern zu lesen waren.

50 Neben offenem Judenhasse zeigte sich hier, wie antisemitische Stereotypen und
51 Anfeindungen quasi ersatzweise auf Israel übertragen werden. Dieser
52 israelbezogene Antisemitismus ist oft unscheinbarer, aber nicht weniger
53 gefährlich, weil er den einzigen jüdischen Staat als Schutzraum für jüdisches
54 Leben bedroht. Er beginnt dann, wenn nicht mehr das Regierungshandeln kritisiert
55 wird, sondern Israel als ganzes delegitimiert, dämonisiert und mit doppelten
56 Standards behandelt wird.

57 Von „Delegitimierung“ spricht man dabei, wenn Israels Recht auf Existenz durch
58 Kolonialismusvergleiche angezweifelt werden soll oder direkt seine Auslöschung
59 als jüdischer Staat gefordert wird. Dämonisierung meint die Darstellung Israels
60 anstelle des Judentums als „das Böse“ überhaupt - beispielsweise durch die
61 Gleichsetzung des Agierens Israels mit den deutschen Verbrechen im
62 Nationalsozialismus.

63 Und doppelte Standards gegenüber Israel zeigen sich dann, wenn der jüdische

64 Staat anders behandelt und mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere
65 Länder. Zum Beispiel, wenn trotz massiver Menschenrechtsverletzungen weltweit
66 Israel im UN-Menschenrechtsrat öfter verurteilt wird als Syrien, Nordkorea, der
67 Iran, China und Venezuela zusammen.

68 Warum das gefährlich ist, zeigt sich auch bei den Übergriffen auf Synagogen und
69 Jüdinnen und Juden in Deutschland, die absolut nichts mit der Politik des
70 tausende Kilometer entfernten Staates Israel zu tun haben und dennoch dafür
71 verantwortlich gemacht werden.

72 Mal wieder von nichts gewusst - Der Antisemitismus der Mitte

73 2022 jährt sich die Wannseekonferenz, bei der die „Endlösung der Judenfrage“ und
74 damit das Ziel der Vernichtung von 11 Millionen Jüdinnen und Juden beschlossen
75 wurde, zum 80. Mal. Dieses beispiellose Verbrechen war nur möglich durch eine
76 Mehrheitsgesellschaft, die jahrzehntelang, wenn nicht sogar jahrhundertlang
77 Antisemitismus in Deutschland toleriert hat. Während sich die Deutschen heute
78 als „Aufarbeitungs-Weltmeister“ feiern, ist antisemitisches Gedankengut noch
79 immer weit verbreitet.

80 Studien zeigen, dass jede*r Vierte noch immer Aussagen wie “Juden haben zu viel
81 Macht auf den internationalen Finanzmärkten” zustimmt und jede*r Dritte ganz
82 oder teilweise der Aussage, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland noch immer zu
83 viel Einfluss hätten. 41 Prozent meinen sogar, “Juden sprechen zu oft über den
84 Holocaust.”.

85 Umso mehr lehnen wir es ab, wenn rechte Politiker*innen versuchen mit Reden vom
86 “importierten Antisemitismus” davon abzulenken, wie tief antisemitisches Denken
87 noch immer in einem großen Teil der deutschen Bevölkerung verankert ist und
88 Nährboden bietet für Verschwörungsmysen und antisemitische Übergriffe. Wenn die
89 Hälfte aller Schüler*innen noch nicht weiß, was “Auschwitz” ist, muss klar
90 werden, wie wichtig Gedenken an den Holocaust und die Bildungsarbeit über seine
91 ideologischen Grundlagen sind. Und wie richtig der Kampf gegen rechte Kräfte
92 ist, die mit “Vogelschiss”-Rhetorik versuchen, die Geschichte umzuschreiben und
93 einen unerträglichen “Schlusstrich” unter die Verbrechen der Nazis ziehen
94 wollen.

95 **„Nie wieder“ muss praktisch werden – Antisemitismus entgegentreten**

96 Gegen wirklich jeden Antisemitismus

97 Wie weit verbreitet Antisemitismus ist und aus welchen verschiedenen Milieus er
98 kommen kann, haben die letzten Jahre wieder einmal gezeigt. Wir wollen uns nicht
99 von dieser Komplexität einschüchtern lassen - im Gegenteil. Als politischer
100 Verband müssen und wollen wir Antisemitismus mit all seinen Facetten erkennen
101

und bekämpfen.

102 Grundlage jeder Arbeit gegen Antisemitismus muss es daher sein,
103 Judenfeindlichkeit immer und überall auch als solche zu benennen. Wir bekennen
104 uns deshalb zur Antisemitismus-Definition und den Beispielen der International
105 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Arbeitsgrundlage für unseren Kampf
106 gegen Antisemitismus. Die Definition der IHRA lautet:
107 „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich
108 als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus
109 richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen
110 und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder
111 religiöse Einrichtungen.“, die Beispiele erläutern und ergänzen die Anwendung
112 der Definition.¹

113 „Kauft nicht bei Juden“? BDS bleibt antisemitische Kackscheiße

114 Um israelbezogenem Antisemitismus entgegenzutreten, brauchen wir eine klare
115 Linie gegen die Delegitimierung und Dämonisierung Israels und akzeptieren es
116 nicht, wenn an Israel andere Ansprüche angelegt werden als an andere Länder.

117 Als Jusos verurteilen wir jegliche Übergriffe und Ausschreitungen unter dem
118 Deckmantel der “Israelkritik”, bekräftigen unsere Ablehnung eines Israel-
119 Boykotts und jeglicher Zusammenarbeit mit BDS-unterstützenden Personen und
120 Organisationen. Solidarität mit jüdischem Leben muss immer auch Solidarität mit
121 Israel und seinem Existenzrecht heißen.

122 Gegen die neuen besorgten Bürger*innen – keine Normalisierung von Querdenken

123 Auch wenn Rassismus und Antisemitismus in ihren Funktionsweisen sehr
124 unterschiedlich sind, so eint sie doch, dass Rechte mit ihrer Hilfe versuchen,
125 komplexe Probleme auf vermeintliche “Sündenböcke” zu projizieren. Den neuen
126 “besorgten Bürger*innen”, die heute gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur
127 demonstrieren, wollen wir Solidarität entgegensetzen mit allen, die
128 gesundheitlich bedroht oder antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sind.

129 Wir werden deswegen auch immer dann auf die Straße gehen, wenn antisemitische
130 Verschwörungsmymen und Holocaustrelativierungen wiederkehren. Eine
131 Normalisierung von Querdenken & Co ist für uns keine Option – wir wollen und
132 werden weiterhin aufklären, widersprechen und zu Gegendemonstrationen aufrufen.

133 Hoffen, dass die Holztür hält?! – Echter Schutz für jüdisches Leben

134 Wenn am höchsten jüdischen Feiertag nur eine Holztür ein Massaker in einer
135 Synagoge verhindert, hat der Staat versagt – genau so war es beim Anschlag in

136 Halle an Jom Kippur 2019. Eine bildlichere Darstellung dafür, dass Jüdinnen und
137 Juden auch 70 Jahre nach der Gründung der BRD nicht frei von Angst leben können,
138 gibt es kaum.

139 Jüdinnen und Juden dürfen in Deutschland nie wieder um ihre Sicherheit fürchten
140 müssen. Der Schutz für jüdische Einrichtungen durch Sicherheitsbehörden muss
141 deshalb eine Selbstverständlichkeit sein: Sowohl in Synagogen, aber u.a. auch in
142 jüdischen Bildungseinrichtungen, Restaurants und Friedhöfen und in enger
143 Abstimmung mit den jüdischen Gemeinden.

144 Zuhören und handeln – Forderungen jüdischer Organisationen ernst nehmen

145 Entscheidend für den Kampf gegen Antisemitismus ist für uns vor allem die
146 Perspektive der Betroffenen. Jüdische Organisationen fordern schon seit langem
147 zahlreiche Maßnahmen, denen wir uns als Jusos nur anschließen können.

148 Dazu gehören eine Reform der Polizeistatistik in NRW, um antisemitische
149 Straftaten genauer zuordnen zu können; der Ausbau von Beratungs- und Melde-
150 Angeboten für Betroffene; eine Erhöhung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens;
151 Präventions- und Bildungsarbeit an Schulen; ein Verbot der Hamas in Deutschland
152 und eine konsequente Überwachung der AfD und ihr nahestehender Kräfte.

153 ¹ [https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-](https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus)
154 [charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus](https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus)

Begründung

erfolgt mündlich.

A27 Lehrjahre zu Herr*innenjahren machen - Azubis in ihren Rechten stärken

Antragsteller*in: SB Ehrenfeld, JSAG
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern, dass eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle
2 für Auszubildende eingerichtet wird, welche frei von Unternehmens-, Kammer- oder
3 Betriebszugehörigkeit agieren kann.

4 Als niedrigschwellige Beratungsstelle soll diese den Auszubildenden bei
5 Problemen und Fragen in Ausbildung oder Schule zur Seite stehen und besonders
6 diejenigen erreichen, welche nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder
7 Probleme haben, die richtige Ansprechperson zu finden. Die Beratungsstelle soll
8 als Vermittlungsinstanz arbeiten, nötigen Kontakt zu den Ansprechpartner*innen
9 der Kammern oder zu Gewerkschaften herstellen und die Azubis ggf. weiter bei der
10 Lösung ihres Problems im Sinne 'eines*r Anwalts*Anwältin der Azubis' begleiten.
11 Außerdem soll auf Azubimessen, in Berufsschulen oder auf Websites regelmäßig auf
12 das Angebot hingewiesen werden.

13 Die Zielsetzung muss darin liegen, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und die
14 Qualität der Ausbildungen zu steigern.

Begründung

Nicht alle Azubis haben eine eigene Interessenvertretung oder Ansprechperson im Betrieb oder am Ausbildungsort.

Bei Problem und Fragen rund um das Thema Ausbildung finden junge Menschen häufig ein Dickicht an Informationen und Weiterleitungen vor. Ungeklärte Fragen und fehlende Informationen sind gerade im Hinblick auf die Förderung von Azubis und solchen, die es werden wollen, ein No-Go. Beratungsangebote sind häufig entweder an einen bestimmten Bereich gebunden oder die Angebote sind so allgemein ausgerichtet, dass sich

Azubis dort nicht wiederfinden. Hinzu kommt, dass sich die Beratungsangebote für Azubis häufig nur an Schulabgänger*innen und der Vermittlung dieser in Ausbildungsplätze konzentrieren und nicht auf die Themen während einer Ausbildung.

Da es bei diesem Thema wichtig ist, weitere Akteur*innen und Expert*innen oder Vertreter*innen mit einzubeziehen um das Problem lösungsorientiert anzugehen, sind wir für die Behandlung auf einer Themenkonferenz offen.

A28 Justizzentrum an Studierendenwerk weitergeben und zu Wohnheim umbauen! WG-Partys mit Domblick statt teure Luxusappartements

Antragsteller*in: Juso-HSG an der Universität zu Köln
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach
Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: UB-Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos Köln sprechen sich für die Umgestaltung des Justizgebäudes an der
2 Luxemburger Straße zu einem Studierendenwohnheim mit bezahlbaren Mieten aus. Da
3 das Justizzentrum bereits in öffentlicher Hand ist und dem Land NRW gehört, muss
4 die Stadt sich dafür einsetzen, dass das Gebäude an das gemeinnützige Kölner
5 Studierendenwerk verkauft wird und nicht meistbietend an eine*n private*n
6 Investor*in. Alternativ könnte die Stadt das Gebäude selbst kaufen, wenn nötig
7 über ihr Vorkaufsrecht, und es dann ans Studierendenwerk weiterverkaufen oder
8 verpachten.

9 Die Stadt Köln und das Land NRW sollen dabei eng mit dem KStW zusammenarbeiten
10 und es bei der Umwandlung des Hochhauses unterstützen. Stadt und Land sollen -
11 etwa durch eine Machbarkeitsstudie - prüfen, ob eine Umwandlung des
12 Justizzentrums in ein Studierendenwohnheim des KStW mit voraussichtlich
13 hunderten neuen Wohnheimplätzen möglich ist oder ob eher ein Neubau in Frage
14 kommt. Dies soll die Position des KStW stärken, damit neuer bezahlbarer Wohnraum
15 an der Luxemburger Straße im Zentrum Kölns für Studierende geschaffen werden
16 kann. Zusätzlich zu einem Studierendenwohnheim können hier nach dem "Housing
17 First"-Ansatz auch dauerhafte Wohnmöglichkeiten für obdachlose Menschen
18 entstehen.

19 Es darf hier nicht wieder, wie bereits bei der ehemaligen Arbeitsagentur, die an
20 eine*n private*n Investor*in verkauft wurde und bis heute leer steht, eine
21 Chance für bezahlbaren Wohnraum verpasst werden. Die Jusos Köln fordern ein
22 entschlossenes Handeln der Politik, um dort ein Wohnheim des Kölner
23 Studierendenwerks zu ermöglichen! Es muss sichergestellt werden, dass die
24 Möglichkeiten im Interesse der Studierenden genutzt werden und die Kölner
25 Politik nicht wieder einen Schritt zu langsam ist.

Begründung

In Köln ist der Wohnungsmangel weiterhin groß. Insbesondere Studierende und Azubis finden keine bezahlbaren Wohnungen in der Stadt. Nicht selten gibt es für eine Wohnung mehr als zwanzig Interessent*innen. Aufgrund dieser Problematik müssen junge Menschen immer öfter an den äußeren Stadtrand ziehen oder überteuerte Wohnungen mieten. Dadurch wird es den Studierenden erschwert, am sozialen Leben in Köln teilzunehmen oder überhaupt zu studieren.

Ein neuer „Höhepunkt“ wurde dieses Wintersemester erreicht, als kurz vor dem Beginn des Semesters die Rückkehr der Präsenzlehre angekündigt wurde. Dadurch mussten viele Studierende spontan eine Wohnung in Köln suchen und dies führte zu einer neuen Verschärfung des bis dahin schon zu viel geringen Angebots an bezahlbarem Wohnraum, z.B. für BAföG-Empfänger*innen. Dabei muss angemerkt werden, dass die aktuelle BAföG-Wohnungspauschale bei 325 Euro liegt, Studierende in Köln aber durchschnittlich 440 Euro für ein WG-Zimmer oder 663 Euro für eine Ein-Zimmer-Wohnung aufwenden müssen.

Die explodierenden Mietpreise für WG-Zimmer und der Mangel an Perspektiven erfordern es, dass die Politik dieses Mal schnell handelt und die über 90.000 Studierenden in Köln nicht jahrelang hingehalten werden. Die Wohnungsnot lässt sich auch am Mangel von Wohnheimplätzen des Kölner Studierendenwerk ablesen. Die bisher nur 5.000 Wohnheimplätze des Studierendenwerks sind viel zu wenig und stagnieren seit Jahren. Dem gegenüber stehen fast 100.000 Studierende an den verschiedenen Hochschulen in der Stadt.

Nachdem bereits die Arbeitsagentur aus dem bisherigen Gebäude an der Luxemburger Straße ausgezogen ist, wird es auch für das Justizzentrum in direkter Nachbarschaft bald einen Neubau geben. Während das Gebäude der Arbeitsagentur leider bereits an eine*n private*n Investor*in verkauft wurde, sind die Pläne für das Justizzentrum noch offen. Eine neue Hängepartie wie bei der jahrelang leerstehenden Arbeitsagentur ist nicht hinnehmbar!

Aber was ist schlecht an privaten Investor*innen? Ein kleines Beispiel: Nach dem Verkauf der Arbeitsagentur direkt neben dem Justizzentrum hat der Kölner Immobilienentwickler „Art Invest“ das Gebäude jahrelang leer stehen lassen. Sowohl solche Spekulationen mit potenziellem Wohnraum als auch die Aussicht auf die ursprünglich vom Investor geplanten, überteuerten „Mikroapartements“ sind für uns Gründe dafür, dass das Gebäude unbedingt an das Kölner Studierendenwerk gehen muss.

Denn während das Kölner Studierendenwerk Wohnheime mit einem durchschnittlichen Zimmerpreis von 260 Euro anbietet, machen private Mikroapartements mit Mieten von 600 bis 800 Euro Köln immer mehr zu einer Stadt, in der nur noch Wohnungen für gut betuchte junge Menschen angeboten werden.

Es muss also dringend verhindert werden, dass es bei der Entwicklung des Geländes, wie bei der benachbarten Agentur für Arbeit, zu einem Verkauf an private Investor*innen kommt. Das Land darf den Fehler der Privatisierung nicht wiederholen, sondern muss das Gebäude mitsamt Grundstück dem gemeinnützigen Studierendenwerk anbieten!

Eine Entscheidung zur Zukunft des Justizzentrums rückt durch den Umzug in die Arbeitsagentur wieder näher und der Stadtrat muss sich dieses Themas unbedingt wieder annehmen!